

Die multipolare Weltordnung

von Iain Davis

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine ist in erster Linie eine Tragödie für die Menschen in beiden Ländern, vor allem für diejenigen, die in den Kampfgebieten leben – und sterben. Die Priorität für die Menschheit, wenn auch offensichtlich nicht für die politische Klasse, besteht darin, Moskau und Kiew dazu zu bewegen, das Töten von Männern, Frauen und Kindern einzustellen und ein Friedensabkommen auszuhandeln.

Über die unmittelbaren Grenzen des Konflikts hinaus wird der Krieg von einigen auch als Ausdruck eines angeblichen Zusammenstoßes zwischen Großmächten und vielleicht auch zwischen Zivilisationen gesehen. Alle Kriege sind folgenreich, aber die Auswirkungen des ukrainischen Krieges sind bereits global.

Folglich besteht der Eindruck, dass er der Brennpunkt einer Konfrontation zwischen zwei unterschiedlichen Modellen der Weltordnungspolitik sei. Das von der NATO geführte Bündnis der westlichen Staaten setze sich weiterhin für die unipolare, auf G7-Regeln basierende internationale Ordnung (IRBO) ein. Dagegen stünden die von Russland und China angeführten BRICS-Staaten und die multipolare Weltordnung der G20-Staaten, wie einige meinen.

In dieser dreiteiligen Serie werden wir diese Fragen untersuchen und prüfen, ob es vertretbar ist, auf die entstehende multipolare Weltordnung zu vertrauen.

Die unipolare Weltordnung hat nur wenige positive Eigenschaften, das ist sicher. Es ist ein System, das in erster Linie dem Kapital dient und nur wenigen Menschen, abgesehen von einer „Parasitenklasse“ von Interessenvertretern des kapitalistischen Eugenikertums. Dies hat viele unzufriedene Menschen im Westen dazu veranlasst, ihre Hoffnungen in das [Versprechen einer multipolaren Weltordnung](#) zu investieren:

Viele haben sich zunehmend mit der Tatsache abgefunden, dass das heutige multipolare System unter der Führung Russlands und Chinas auf der Verteidigung des Völkerrechts und der nationalen Souveränität basiert, wie sie in der UN-Charta festgelegt sind. [...] Putin und Xi Jinping haben sich [...] für eine Win-Win-Kooperation gegenüber dem Hobbes'schen Nullsummen-Denken entschieden. Ihre gesamte Strategie stützt sich auf die UN-Charta.

Wenn das nur so wäre! Leider scheint das nicht der Fall zu sein. Aber selbst wenn es wahr wäre, wäre es ein Grund zur Sorge und nicht zur Erleichterung, wenn Putin und Xi Jinping „ihre gesamte Strategie“ auf die UN-Charta stützen würden.

Für die globalistischen Kräfte, die die Nationalstaaten als Schachfiguren auf dem großen Schachbrett betrachten und Staatsführer wie Putin, Biden und Xi Jinping als Komplizen ansehen, ist die multipolare Weltordnung ein Geschenk des Himmels. Sie haben mehr als ein Jahrhundert lang versucht, die globale Macht zu zentralisieren. Die Macht der einzelnen Nationalstaaten bietet zumindest die Möglichkeit einer gewissen Dezentralisierung. Die multipolare Weltordnung macht endlich Schluss mit der nationalen Souveränität und ermöglicht eine echte globale Governance.

Weltordnung

Wir müssen zwischen dem ideologischen Konzept der „Weltordnung“ und der Realität unterscheiden. Dies wird uns helfen zu erkennen, wo die „Weltordnung“ ein künstlich auferlegtes Konstrukt ist.

Autoritäre Macht, ausgeübt über Bevölkerungen, Territorien und Ressourcen, begrenzt durch physische und politische Geographie, diktiert die „Weltordnung“. Die gegenwärtige Ordnung ist weitgehend das Ergebnis einer knallharten Geopolitik, aber sie spiegelt auch die verschiedenen Versuche wider, eine globale Ordnung durchzusetzen.

Das Ringen um die Bewältigung und Abmilderung der Folgen der Geopolitik ist in der Geschichte der internationalen Beziehungen offensichtlich. Seit fast 500 Jahren versuchen die Nationalstaaten, als souveräne Einheiten zu koexistieren. Zahlreiche Systeme wurden entwickelt, um die Kontrolle über das zu erlangen, was andernfalls zu Anarchie führen würde. Es ist sehr zum Nachteil der Menschheit, dass es dem Anarchismus nicht erlaubt wurde, zu gedeihen.

Im Jahr 1648 beendeten die beiden bilateralen Verträge, die den [Westfälischen Frieden](#) bildeten, den 30-jährigen Krieg (oder die Kriege). Diese ausgehandelten Vereinbarungen begründeten das Prinzip der territorialen Souveränität innerhalb der Grenzen des Nationalstaates.

Dadurch wurde die zentralisierte autoritäre Macht des Heiligen Römischen Reiches (HRE) zwar eingeschränkt, aber nicht beendet. Britannica stellt fest:

Der Westfälische Friede erkannte die volle territoriale Souveränität der Mitgliedsstaaten des Reiches an.

Das ist nicht ganz richtig. Die so genannte „volle territoriale Souveränität“ grenzte die regionale Macht innerhalb Europas und des Heiligen Römischen Reiches ein, aber es wurde keine volle Souveränität geschaffen.

Durch die Westfälischen Verträge wurden Hunderte von Fürstentümern geschaffen, die zuvor von der zentralen Legislative des Heiligen Römischen Reiches, [dem Parlament](#), kontrolliert wurden. Diese neuen, faktisch föderalisierten Fürstentümer zahlten nach wie vor Steuern an den Kaiser, und vor allem die Religionsausübung blieb weiterhin Sache des Reiches. Die Verträge festigten auch die regionale Macht der dänischen, schwedischen und französischen Staaten, aber das Reich selbst blieb intakt und dominant.

Richtiger wäre es zu sagen, dass der Westfälische Friede die autoritäre Macht des Reiches etwas einschränkte und die physischen Grenzen einiger Nationalstaaten festlegte. Im 20. Jahrhundert führte dies zu der weit verbreiteten Auffassung, dass der Nationalstaat ein Bollwerk gegen die internationale Hegemonialmacht sei, obwohl dies nie ganz zutraf.

Folglich beruht das so genannte „Westfälische Modell“ weitgehend [auf einem Mythos](#). Es stellt eine idealisierte Version der Weltordnung dar, die eher andeutet, wie sie funktionieren könnte, als zu beschreiben, wie sie es tut.



Unterzeichnung des Westfälischen Friedens, in Münster 1648, Gemälde von Gerard Ter Borch

Wenn die Nationalstaaten wirklich souverän wären und ihre territoriale Integrität wirklich respektiert würde, dann wäre die westfälische Weltordnung eine reine Anarchie. Dies ist das Ideal, auf das sich die UNO angeblich gründet, denn im Gegensatz zu einem anderen allgegenwärtigen populären Mythos bedeutet Anarchie nicht „Chaos“. Ganz im Gegenteil.

Die Anarchie wird durch Artikel 2.1 der UN-Charta veranschaulicht:

Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.

Das Wort „Anarchie“ ist eine Abstraktion des altgriechischen „anarkhos“, was „herrschaftslos“ bedeutet. Das Wort leitet sich von der Vorsilbe „an“ (ohne) in Verbindung mit „arkhos“ (Führer oder Herrscher) ab. Wörtlich übersetzt bedeutet „Anarchie“ „ohne Herrscher“ – das, was die UNO „souveräne Gleichheit“ nennt.

Eine westfälische Weltordnung souveräner Nationalstaaten, von denen jeder die „Gleichheit“ aller anderen beachtet und sich an das [Nichtaggressions-Prinzip](#) hält, ist ein System globaler, politischer Anarchie. Leider funktioniert die derzeitige UN-„Weltordnung“ nicht auf diese Weise, und es hat auch nie einen Versuch gegeben, eine solche Ordnung durchzusetzen. Was für eine Schande.

[Innerhalb des Völkerbundes](#) und des nachfolgenden UN-Systems der praktischen „Weltordnung“ – einer Weltordnung, die angeblich auf der Souveränität der Nationen beruht – existiert Gleichheit nur in der Theorie. Durch Imperium, Kolonialismus und Neokolonialismus, d. h. durch wirtschaftliche, militärische, finanzielle und monetäre Eroberung in Verbindung mit den Schulden, die den Zielländern auferlegt werden, waren die Weltmächte stets in der Lage, die weniger mächtigen Länder zu beherrschen und zu kontrollieren.

Nationale Regierungen waren, wenn man sie rein politisch definiert, nie die einzige Quelle der Autorität, die hinter den Bemühungen um den Aufbau einer Weltordnung steht. Wie von Antony C. Sutton und anderen aufgezeigt, hat die Macht privater Unternehmen den nationalen Regierungen bei der Gestaltung der „Weltordnung“ geholfen.

Weder [Hitlers Aufstieg zur Macht](#) noch die [bolschewistische Revolution](#) hätten sich ohne die Führung der Wall-Street-Finanziers so ereignet, wie sie es taten, wenn überhaupt. Die globalen Finanzinstitutionen der Bankiers und ihre ausgedehnten internationalen Spionagenetzwerke waren maßgeblich an der Verschiebung der globalen politischen Macht beteiligt.

Diese privatwirtschaftlichen „Partner“ der Regierungen sind die „Interessengruppen“, von denen wir heute ständig hören. Die Mächtigsten unter ihnen sind voll und ganz in „das Spiel“ eingebunden, das Zbigniew Brzezinski in [„The Grand Chessboard“](#) beschrieben hat.

Brzezinski erkannte, dass die kontinentale Landmasse Eurasiens der Schlüssel zu einer echten globalen Hegemonie ist:

Dieses riesige, seltsam geformte eurasische Schachbrett, das sich von Lissabon bis Wladiwostok erstreckt, bildet den Rahmen für „das Spiel“. [...] Im Falle, dass der mittlere Raum dem Westen eine Abfuhr erteilt und zu einer selbstbewussten Einheit wird [...] dann schrumpft Amerikas Vorrangstellung in Eurasien dramatisch. [Dieser Megakontinent ist einfach zu groß, zu bevölkerungsreich, kulturell zu vielfältig und besteht aus zu vielen historisch ehrgeizigen und politisch tatkräftigen Staaten, als dass er sich selbst der wirtschaftlich erfolgreichsten und politisch herausragenden Weltmacht gegenüber gefügig zeigen könnte. [...] Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Platz auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiges Land dazu beiträgt, Russland zu verändern. Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein. [Es würde dann zu einem vorwiegend asiatischen imperialen Staat werden.

Die von den westlichen Mächten favorisierte „unipolare Weltordnung“, die oft auch als „internationale regelbasierte Ordnung“ oder „internationales regelbasiertes System“ bezeichnet wird, ist ein weiterer Versuch, Ordnung zu schaffen. Dieses „unipolare“ Modell ermöglicht es den USA und ihren europäischen Partnern, das UN-System zu instrumentalisieren, um eine Legitimation für ihre imperialen Spiele zu erhalten. Auf diese Weise hat das transatlantische Bündnis seine wirtschaftliche, militärische und finanzielle Macht eingesetzt, um eine globale Hegemonie zu erlangen.

Im Jahr 2016 veröffentlichte [Stewart Patrick](#), der für den US-amerikanischen „Council on Foreign Relations“ (CFR), einen außenpolitischen Think Tank, schreibt, die Schrift [„World Order: What, Exactly, are the Rules?“](#). Er beschrieb darin die „internationale regelbasierte Ordnung“ (IRBO) der Nachkriegszeit:

Die westliche Ordnung nach 1945 zeichnet sich dadurch aus, dass sie überwiegend von einer einzigen Macht [einer unipolaren Macht], den Vereinigten Staaten, geprägt wurde. Im breiteren Kontext der strategischen Bipolarität hat sie die Regime der kapitalistischen Weltwirtschaft aufgebaut, verwaltet und verteidigt. In der Handelssphäre drängt der Hegemon auf Liberalisierung und hält einen offenen Markt aufrecht; in der Währungssphäre stellt er eine frei konvertierbare internationale Währung bereit, verwaltet die Wechselkurse, stellt Liquidität bereit und dient als Kreditgeber letzter Instanz; und in der Finanzsphäre dient er als Quelle für internationale Investitionen und Entwicklung.

Die Vorstellung, dass die aggressive Marktübernahme des Klientelkapitalismus irgendwie die „offenen Märkte“ der „kapitalistischen Weltwirtschaft“ repräsentiert, ist lächerlich. Er ist so weit vom Kapitalismus der [freien Marktwirtschaft](#) entfernt, wie es nur möglich ist. Im Kapitalismus der Vetternwirtschaft ist der US-Dollar als bevorzugte globale Reservewährung nicht [„frei konvertierbar“](#). Die Wechselkurse werden manipuliert und die Liquidität ist für fast alle außer dem Kreditgeber eine Schuld. „Investitionen und Entwicklung“ durch den Hegemon bedeuten mehr Profit und Kontrolle für den Hegemon.

Die Vorstellung, dass ein politischer Führer, oder überhaupt jemand, ausschließlich schlecht oder gut ist, ist kindisch. Die gleiche Überlegung kann auch für Nationalstaaten, politische Systeme oder sogar Modelle der Weltordnung angestellt werden. Der Charakter eines Menschen, einer Nation oder eines Systems der Weltordnungspolitik lässt sich besser anhand der Gesamtheit seiner Handlungen beurteilen.

Was auch immer wir als Quelle von „Gut“ und „Böse“ betrachten, es existiert in jedem von uns an beiden Enden eines Spektrums. Manche Menschen weisen ein extremes Maß an Psychopathie auf, was sie zu Taten verleiten kann, die als „böse“ eingestuft werden. Aber selbst Hitler zeigte beispielsweise Zivilcourage, Hingabe, Mitgefühl für andere und andere Eigenschaften, die wir als „gut“ bezeichnen könnten.

Nationalstaaten und globale Regierungsstrukturen sind zwar ungeheuer komplex, werden aber von Menschen gebildet und geführt. Sie werden von einer Vielzahl von Kräften beeinflusst. Angesichts der zusätzlichen Komplikationen durch Zufall und unvorhergesehene Ereignisse ist es unrealistisch zu erwarten, dass irgendeine Form von „Ordnung“ entweder völlig gut oder völlig schlecht ist.

Wenn diese „Ordnung“ jedoch ungerecht ist und den Menschen spürbaren Schaden zufügt, dann ist es wichtig zu ermitteln, wem diese „Ordnung“ Vorteile bringt. Ihre mögliche individuelle und kollektive Schuld sollte untersucht werden.

Dies bedeutet nicht, dass diejenigen, die davon profitieren, automatisch schuldig sind, noch dass sie „schlecht“ oder „böse“ sind, auch wenn sie es sein mögen, sondern nur, dass sie einen Interessenkonflikt haben, wenn sie ihre „Ordnung“ trotz des Schadens, den sie verursacht, aufrechterhalten. Ebenso ist es unvernünftig, in Fällen, in denen ein systembedingter Schaden offensichtlich ist, die Handlungen derjenigen freizusprechen, die dieses System anführen und von ihm profitieren, ohne zuvor ihre mögliche Schuld auszuschließen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden Millionen von Unschuldigen von den USA, ihren internationalen Verbündeten und ihren Unternehmenspartnern ermordet, die allesamt ihr militärisches, wirtschaftliches und finanzielles Gewicht in die Waagschale geworfen haben. Die westliche [„Parasitenklasse“](#) hat versucht, ihre IRBO mit allen Mitteln durchzusetzen – mit Sanktionen, Schuldknechtschaft oder regelrechter Sklaverei, physischer, wirtschaftlicher oder psychologischer Kriegsführung. Der gierige Wunsch nach mehr Macht und Kontrolle hat das Schlimmste in der menschlichen Natur offenbart. Wiederholt und bis zum Überdruß.

Natürlich ist der Widerstand gegen diese Art der globalen Tyrannei verständlich. Die Frage ist nur: Bietet die Durchsetzung des multipolaren Modells etwas anderes?



Unterzeichnung der UN-Charta – 1948

Oligarchie

In jüngster Zeit wurde die „unipolare Weltordnung“ durch den unangemessener Weise so genannten [„Great Reset“](#) des Weltwirtschaftsforums verkörpert. Sie ist so bösartig und abschreckend, dass manche die sich abzeichnende „multipolare Weltordnung“ als Erlösung betrachten. Sie haben sogar die wahrscheinlichen Führer der neuen multipolaren Welt [mit Lob überschüttet](#):

Es sind [...] Zielstrebigkeit und Charakterstärke, die Putins zwei Jahrzehnte an der Macht ausmachen. [...] Russland ist dem Prozess der Lösungsfindung verpflichtet, damit alle Menschen von der Zukunft profitieren, nicht nur ein paar tausend selbstgefällige Oligarchen. [...] Gemeinsam sagten [Russland und China] dem WEF, es solle den Great Reset zurück in das Loch stopfen, in dem er erdacht wurde. [...] Putin sagte Klaus Schwab und dem WEF, dass ihre gesamte Idee des Great Reset nicht nur zum Scheitern verurteilt ist, sondern auch allem zuwiderläuft, was eine moderne Führung anstreben sollte.

Leider scheint auch diese Hoffnung unangebracht zu sein.

Putin hat zwar viel getan, um Russland von den [von der CIA gesteuerten und vom Westen unterstützten Oligarchen](#) zu befreien, die die Russische Föderation in den 1990er Jahren systematisch zerstörten, doch wurden sie anschließend durch eine andere Gruppe von Oligarchen ersetzt, die engere Verbindungen zur derzeitigen russischen Regierung haben. Dies werden wir in Teil 3 untersuchen.

Ja, es ist sicherlich richtig, dass die russische Regierung unter der Führung von Putin und seinem Machtblock die Einkommen und Lebenschancen der Mehrheit der Russen verbessert hat. Putins Regierung hat auch die chronische Armut in Russland in den letzten zwei Jahrzehnten [erheblich reduziert](#).

Der Reichtum in Russland, gemessen am Marktwert der finanziellen und nicht-finanziellen Vermögenswerte, ist nach wie vor in den Händen der obersten 1% der Bevölkerung konzentriert. Diese Konzentration des Reichtums auf das oberste Perzentil ist selbst stratifiziert

und wird überwiegend von den obersten 1% der 1% gehalten. Im Jahr 2017 wurden beispielsweise 56% des russischen Vermögens [von 1% der Bevölkerung](#) kontrolliert. Die Pseudopandemie von 2020-2022 kam vor allem den russischen Milliardären zugute – wie auch den Milliardären aller anderen entwickelten Volkswirtschaften.

Laut dem [„Global Wealth Report 2021“](#) der Credit Suisse lag die Vermögensungleichheit in Russland, gemessen anhand des [Gini-Koeffizienten](#), im Jahr 2020 bei 87,8. Die einzige andere grosse Volkswirtschaft mit einer grösseren Ungleichheit zwischen den Vermögenden und dem Rest der Bevölkerung war Brasilien. Gleich hinter Brasilien und Russland auf der Skala der Vermögensungleichheit lagen die USA, deren Gini-Koeffizient bei 85 lag.

In Bezug auf die Vermögenskonzentration war die Situation in Russland jedoch mit großem Abstand am schlimmsten. Im Jahr 2020 besaßen die obersten 1% 58,2% des russischen Vermögens. Dies war mehr als 8 Prozentpunkte höher als die Vermögenskonzentration in Brasilien und deutlich schlechter als die Vermögenskonzentration in den USA, die im Jahr 2020 bei 35,2% lag.

Eine solche unverhältnismäßige Vermögensverteilung begünstigt die Entstehung und Stärkung von Oligarchen. Aber Reichtum allein entscheidet nicht darüber, ob jemand ein Oligarch ist. Damit der Begriff „Oligarch“ zutreffend ist, muss der Reichtum in politische Macht umgewandelt werden. Eine [Oligarchie](#) wird definiert als „eine Regierungsform, bei der die oberste Macht in den Händen einer kleinen exklusiven Klasse liegt“.

Die Mitglieder dieser herrschenden Klasse werden durch eine Vielzahl von Mechanismen eingesetzt. Das britische Establishment, insbesondere die politische Klasse, wird [von Männern und Frauen dominiert](#), die in Eton, Roedean, Harrow, St. Pauls usw. ausgebildet wurden. Diese „kleine exklusive Klasse“ stellt wohl eine britische Oligarchie dar. Die neue Premierministerin des Vereinigten Königreichs, Liz Truss, wurde von einigen gefeiert, weil sie keine Absolventin einer dieser ausgewählten öffentlichen Schulen ist.

Abgesehen vom Bildungsprivileg bezieht sich der Begriff „Oligarch“ im Westen jedoch eher auf eine internationalistische Klasse von Globalisten, die sich durch individuellen Reichtum auszeichnen und diesen Reichtum nutzen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen.

Bill Gates ist ein Paradebeispiel für einen Oligarchen. Der ehemalige Berater des britischen Premierministers, Dominic Cummings, sagte dies [bei seiner Aussage vor einem Parlamentsausschuss](#) im Mai 2021 (siehe 14:02:35). Wie Cummings es ausdrückte, hatten Bill Gates und „diese Art von Netzwerk“ die Reaktion der britischen Regierung auf die angebliche COVID-19-Pandemie geleitet.

Gates‘ immenser Reichtum hat ihm direkten Zugang zu politischer Macht über die Landesgrenzen hinaus verschafft. Weder in den USA noch im Vereinigten Königreich hat er ein öffentliches Mandat. Er ist ein Oligarch – einer der bekannteren, aber bei weitem nicht der einzige.

CFR-Mitglied David Rothkopf [bezeichnete diese Leute](#) als eine „Superklasse“ mit der Fähigkeit, „das Leben von Millionen von Menschen über die Grenzen hinweg regelmäßig zu beeinflussen“. Sie tun dies, sagte er, indem sie ihre globalistischen „Netzwerke“ nutzen. Diese Netzwerke, wie sie von Antony C. Sutton, Dominic Cummings und anderen beschrieben werden, fungieren als „der Kraftmultiplikator in jeder Art von Machtstruktur“.

Diese „kleine exklusive Klasse“ nutzt ihren Reichtum, um Ressourcen und damit die Politik zu kontrollieren. Politische Entscheidungen, Politik, Gerichtsurteile und vieles mehr werden auf ihr Geheiß hin getroffen. Dieser Punkt wurde in dem gemeinsamen Schreiben der Generalstaatsanwälte von 19 US-Bundesstaaten an den [CEO von BlackRock, Larry Fink](#), hervorgehoben.

Die Generalstaatsanwälte stellten fest, dass BlackRock seine Anlagestrategie im Wesentlichen dazu nutzt, eine politische Agenda zu verfolgen:

Die von den Bürgern dieses Landes gewählten Senatoren bestimmen, welche internationalen Abkommen Gesetzeskraft haben, nicht BlackRock.

In dem Schreiben wird das theoretische Modell der repräsentativen Demokratie beschrieben. Bei der repräsentativen Demokratie handelt es sich [nicht um eine echte Demokratie](#) – die die politische Macht dezentralisiert und dem einzelnen Bürger überträgt -, sondern vielmehr um ein System, das darauf abzielt, die politische Kontrolle und Autorität zu zentralisieren. Die „repräsentative Demokratie“ führt unweigerlich zur Konsolidierung der Macht in den Händen der von Rothkopf beschriebenen so genannten „Superklasse“.

An ihnen ist nichts „super“. Es sind ganz normale Menschen, die ihren Reichtum hauptsächlich durch Eroberung, Wucher, Marktmanipulation, politische Manipulation und Sklaverei erworben haben. „Parasitenklasse“ ist eine passendere Beschreibung.

Globale Investmentfirmen wie „BlackRock“, „Vanguard“ und „State Street“ nutzen nicht nur ihre immensen Ressourcen, um die öffentliche Politik zu lenken, sondern zu ihren Hauptaktionären gehören auch genau die Oligarchen, die durch ihre Beiträge zu verschiedenen Denkfabriken die globalen politischen Agenden erstellen, die die Politik überhaupt erst bestimmen. In diesem System der angeblichen „Weltordnung“ ist kein Platz für eine echte demokratische Kontrolle.

Wie wir in Teil 3 sehen werden, werden die Kontrollhebel in Russland und China eingesetzt, um genau denselben Effekt zu erzielen. In beiden Ländern gibt es eine Schar von Oligarchen, deren Ziele fest mit der „Great Reset“-Agenda des WEF übereinstimmen. Auch sie arbeiten mit ihren nationalen Regierungs-„Partnern“ zusammen, um sicherzustellen, dass sie alle zu den „richtigen“ politischen Entscheidungen gelangen.



Präsident Joe Biden, links, spricht über die Beziehungen zwischen den USA und dem Krenl im „Council on Foreign Relations“ mit Richard N. Haass, dem Präsidenten des „Council on Foreign Relations“, am Dienstag, 23. Januar 2018, in Washington. (AP Photo/Alex Brandon)

Das Modell der Vereinten Nationen zur nationalen Souveränität

Jeder Block von Nationen, der um die Vorherrschaft innerhalb der Vereinten Nationen kämpft, strebt nach globaler Hegemonie. Die UNO ermöglicht globale Governance und zentralisiert globale politische Macht und Autorität. Auf diese Weise stärken die UN die internationale Oligarchie.

Wie bereits erwähnt, wird in Artikel 2 der [Charta der Vereinten Nationen](#) erklärt, dass die UNO „auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder beruht“. In der Charta werden dann die zahlreichen Arten aufgezählt, in denen die Nationalstaaten nicht gleich sind. Sie stellt auch klar, dass sie alle dem UN-Sicherheitsrat untergeordnet sind.

Trotz aller Behauptungen der UNO über hehre Prinzipien – Respekt vor der nationalen Souveränität und den [angeblichen Menschenrechten](#) – erklärt Artikel 2, dass kein Nationalstaat von einem anderen Unterstützung erhalten kann, solange der UN-Sicherheitsrat diesen Nationalstaat zwingt, seine Verordnungen zu befolgen. Selbst Staaten, die nicht Mitglied sind, müssen sich per Dekret der Vereinten Nationen an die Charta halten, ob sie es wollen oder nicht.

Die UN-Charta ist ein Paradoxon. In Artikel 2.7 heißt es, dass „nichts in der Charta“ den Vereinten Nationen erlaubt, die Souveränität eines Nationalstaates zu verletzen – es sei denn, sie tun dies durch „Durchsetzungsmaßnahmen“ der Vereinten Nationen. In der Charta heißt es, scheinbar grundlos, dass alle Nationalstaaten „gleich“ sind. Einige Nationalstaaten werden jedoch durch die Charta ermächtigt, weitaus gleicher zu sein als andere.

Während die UN-Generalversammlung angeblich ein Entscheidungsforum ist, das sich aus „gleichen“ souveränen Nationen zusammensetzt, verleiht Artikel 11 der Generalversammlung

lediglich die Befugnis, „die allgemeinen Grundsätze der Zusammenarbeit“ zu erörtern. Mit anderen Worten: Sie hat keine Befugnis, wichtige Entscheidungen zu treffen.

Artikel 12 schreibt vor, dass die Generalversammlung Streitigkeiten nur dann lösen kann, wenn sie vom Sicherheitsrat dazu beauftragt wird. Die wichtigste Aufgabe der UNO, „die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“, kann nur vom Sicherheitsrat wahrgenommen werden. Was die anderen Mitglieder der Generalversammlung über die globalen „Sicherheits“-Beschlüsse des Sicherheitsrats denken, ist praktisch irrelevant.

Artikel 23 legt fest, welche Nationalstaaten den Sicherheitsrat bilden:

Der Sicherheitsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern der Vereinten Nationen. Die Republik China, Frankreich, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken [Russische Föderation], das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika sind ständige Mitglieder des Sicherheitsrats. Die Generalversammlung wählt zehn weitere Mitglieder der Vereinten Nationen zu nicht ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats. Die nicht ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats werden für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt.

Die Generalversammlung kann auf der Grundlage von Kriterien, die vom Sicherheitsrat festgelegt wurden, „nicht-ständige“ Mitglieder in den Sicherheitsrat wählen. Derzeit sind die „nichtständigen“ Mitglieder Albanien, Brasilien, Gabun, Ghana, Indien, Irland, Kenia, Mexiko, Norwegen und die Vereinigten Arabischen Emirate.

In Artikel 24 heißt es, dass der Sicherheitsrat „die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ trägt und dass alle anderen Nationen zustimmen, dass „der Sicherheitsrat in ihrem Namen handelt“. Der Sicherheitsrat untersucht und definiert alle angeblichen Bedrohungen und empfiehlt die Verfahren und Anpassungen für die angebliche Abhilfe. Der Sicherheitsrat diktiert, welche weiteren Maßnahmen, wie Sanktionen oder die Anwendung militärischer Gewalt, gegen jeden Nationalstaat, den er als Problem betrachtet, ergriffen werden sollen.

Artikel 27 bestimmt, dass mindestens 9 der 15 Mitgliedsstaaten zustimmen müssen, damit eine Resolution des Sicherheitsrates in Kraft treten kann. Alle 5 ständigen Mitglieder müssen zustimmen, und jedes hat ein Vetorecht. Jedes Mitglied des Sicherheitsrats, einschließlich der ständigen Mitglieder, ist von der Abstimmung oder der Ausübung des Vetorechts ausgeschlossen, wenn es an der betreffenden Streitigkeit beteiligt ist.

Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sind aufgrund ihrer Zustimmung zur Charta verpflichtet, auf Ersuchen des Sicherheitsrats Streitkräfte bereitzustellen. Für die militärische Planung und die operativen Ziele sind gemäß Artikel 47 ausschließlich die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates über ihren exklusiven Militärstabsausschuss zuständig. Wenn die ständigen Mitglieder an der Meinung einer anderen „souveränen“ Nation interessiert sind, bitten sie diese um eine solche.

Die der Charta innewohnende Ungleichheit könnte nicht deutlicher sein. In Artikel 44 heißt es, dass „wenn der Sicherheitsrat beschlossen hat, Gewalt anzuwenden“, seine einzige beratende Verpflichtung gegenüber der gesamten UNO darin besteht, den Einsatz der Streitkräfte eines anderen Mitgliedstaates zu erörtern, wenn der Sicherheitsrat diesem Land einen Kampfauftrag erteilt hat. Für ein Land, das derzeit Mitglied des Sicherheitsrats ist, ist der Einsatz seiner Streitkräfte durch den Militärstabsausschuss eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Rat.

Der UN-Generalsekretär, der in der Charta als „oberster Verwaltungsbeamter“ bezeichnet wird, beaufsichtigt das UN-Sekretariat. Das Sekretariat vergibt Aufträge, führt Untersuchungen durch und erstellt die Berichte, die angeblich als Grundlage für die Entscheidungsfindung der UN dienen. Die Mitarbeiter des Sekretariats werden vom Generalsekretär ernannt. Der Generalsekretär wird „von der Generalversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates ernannt“.

Unter der UN-Charta wird der Sicherheitsrat also zum König gemacht. Diese Regelung verleiht den Regierungen seiner ständigen Mitglieder – China, Frankreich, Russland, Großbritannien und den USA – beträchtliche zusätzliche Macht. Die UN-Charta hat nichts Egalitäres an sich.

Die Behauptung, die UN-Charta stelle eine „Verteidigung“ der „nationalen Souveränität“ dar, ist lächerlich. Die UN-Charta ist die Verkörperung der Zentralisierung von globaler Macht und Autorität.



UN-Hauptquartier New York – von den Rockefeller gestiftetes Grundstück

Die globale öffentlich-private Partnerschaft der Vereinten Nationen

Die UNO wurde in nicht geringem Maße durch die Bemühungen der privatwirtschaftlichen [„Rockefeller Foundation“](#) (RF) geschaffen. Insbesondere die umfassende finanzielle und operative Unterstützung der Wirtschafts-, Finanz- und Transitabteilung (EFTD) des Völkerbundes (LoN) [„League of Nations“, Anm. d. Übersetzers] durch die RF und ihr erheblicher Einfluss auf die „United Nations Relief and Rehabilitation Administration“ (UNRRA) machten die RF zum Hauptakteur bei der Umwandlung des LoN in die UN.

Die UNO entstand im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Seitdem sind öffentlich-private Partnerschaften im UN-System vorherrschend geworden, insbesondere in den Bereichen Verteidigung, Finanzierung, globale Gesundheitsversorgung und nachhaltige Entwicklung. Die UNO ist keine zwischenstaatliche Organisation mehr, falls sie jemals eine

war. Sie ist eine globale Zusammenarbeit zwischen Regierungen und einem multinationalen infra-staatlichen Netzwerk privater „Stakeholder“.

1998 sagte der damalige [UN-Generalsekretär Kofi Annan](#) auf dem Symposium des Weltwirtschaftsforums in Davos, dass in den 1990er Jahren eine „stille Revolution“ in der UNO stattgefunden habe:

Die Vereinten Nationen haben sich seit unserem letzten Treffen hier in Davos verändert. Die Organisation hat eine vollständige Überarbeitung erfahren, die ich als „stille Revolution“ bezeichnet habe. [...] Wir sind jetzt in einer stärkeren Position, um mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten. [...] Die Geschäfte der Vereinten Nationen betreffen die Unternehmen der Welt. [...] Wir fördern auch die Entwicklung des Privatsektors und ausländische Direktinvestitionen. Wir helfen Ländern dabei, dem internationalen Handelssystem beizutreten und unternehmensfreundliche Gesetze zu erlassen.

Im Jahr 2005 veröffentlichte die Weltgesundheitsorganisation (WHO), eine [Sonderorganisation der Vereinten Nationen](#), einen Bericht über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) im Gesundheitswesen mit dem Titel [„Connecting for Health“](#). Die WHO sprach darüber, wie „Interessengruppen“ IKT-Lösungen für das Gesundheitswesen weltweit einführen könnten, und merkte an:

Die Regierungen können ein günstiges Umfeld schaffen und in Gerechtigkeit, Zugang und Innovation investieren.

Auf der [Konferenz zur Aktionsagenda von Adis Abeba 2015](#) zum Thema „Entwicklungsfinanzierung“ wurde das Wesen eines „förderlichen Umfelds“ geklärt. Nationale Regierungen aus 193 UN-Nationen verpflichteten sich, öffentlich-private Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung zu finanzieren, indem sie gemeinsam vereinbarten, „auf allen Ebenen ein förderliches Umfeld für nachhaltige Entwicklung“ zu schaffen und „den Rahmen für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung weiter zu stärken.“

Im Jahr 2017 verpflichtete die [Resolution 70/224](#) der UN-Generalversammlung (A/Res/70/224) die UN-Mitgliedsstaaten zur Umsetzung „konkreter politischer Maßnahmen“, die eine nachhaltige Entwicklung „ermöglichen“. A/Res/70/224 fügte hinzu, dass die UN

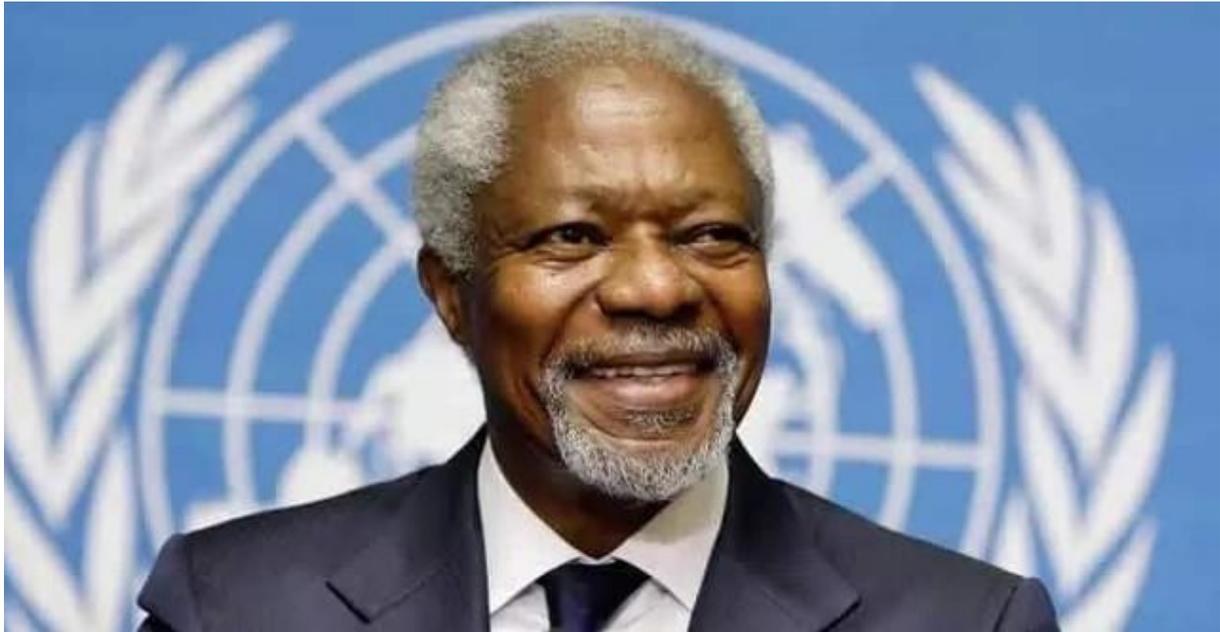
das starke politische Engagement [bekräftigt], die Herausforderung der Finanzierung und der Schaffung eines günstigen Umfelds auf allen Ebenen für eine nachhaltige Entwicklung anzugehen [-] insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung von Partnerschaften durch die Bereitstellung größerer Möglichkeiten für den privaten Sektor, Nichtregierungsorganisationen und die Zivilgesellschaft im Allgemeinen.

Kurz gesagt, das „förderliche Umfeld“ ist eine Verpflichtung der Regierung und damit der Steuerzahler zur Finanzierung der Schaffung von Märkten für den privaten Sektor. In den letzten Jahrzehnten haben die verschiedenen Generalsekretäre den formellen Übergang der UNO zu einer [globalen öffentlich-privaten Partnerschaft \(G3P\)](#) beaufsichtigt.

Nationalstaaten haben keine Souveränität über öffentlich-private Partnerschaften. Die nachhaltige Entwicklung weist der Regierung formell die Rolle eines „ermöglichenden“ Partners innerhalb eines globalen Netzwerks zu, das aus multinationalen Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Organisationen der Zivilgesellschaft und anderen Akteuren besteht. Bei den „anderen Akteuren“ handelt es sich in erster Linie um die

philanthropischen Stiftungen einzelner Milliardäre und unermesslich reicher Familiendynastien, also um Oligarchen.

Die UNO dient also effektiv den Interessen des Kapitals. Sie ist nicht nur ein Mechanismus für die Zentralisierung globaler politischer Autorität, sondern setzt sich auch für die Entwicklung globaler politischer Agenden ein, die „geschäftsfreundlich“ sind. Das bedeutet „Big Business“-freundlich. Solche Agenden können zufällig mit den besten Interessen der Menschheit übereinstimmen, aber wenn sie es nicht tun – was größtenteils der Fall ist – nun, dann ist das eben „Pech“ für die Menschheit.



Kofi Annan (8. April 1938 – 18. August 2018)

Global Governance

Am 4. Februar 2022, knapp drei Wochen vor dem Beginn der „militärischen Sonderoperation“ Russlands in der Ukraine, gaben die Präsidenten Wladimir Putin und Xi Jinping eine [wichtige gemeinsame Erklärung ab](#):

Die Seiten [die Russische Föderation und die Volksrepublik China] unterstützen nachdrücklich die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit und des Austauschs [...] und beteiligen sich aktiv an den einschlägigen Prozessen der Global Governance, [...] um eine nachhaltige globale Entwicklung zu gewährleisten. [...] Die internationale Gemeinschaft sollte sich aktiv an der Global Governance beteiligen [...] Die Seiten bekräftigten ihre Absicht, die Koordinierung der Außenpolitik zu verstärken, echten Multilateralismus zu verfolgen, die Zusammenarbeit auf multilateralen Plattformen zu intensivieren, gemeinsame Interessen zu verteidigen, das internationale und regionale Kräftegleichgewicht zu unterstützen und die Global Governance zu verbessern. [...] Die Seiten rufen alle Staaten auf [...], die von den Vereinten Nationen geleitete internationale Architektur und die auf dem Völkerrecht basierende Weltordnung zu schützen, echte Multipolarität anzustreben, wobei die Vereinten Nationen und ihr Sicherheitsrat eine zentrale und koordinierende Rolle spielen, demokratischere internationale Beziehungen zu fördern und Frieden, Stabilität und nachhaltige Entwicklung in der ganzen Welt zu gewährleisten.

Die Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN-DESA) definierte „Global Governance“ in ihrer 2014 erschienenen Publikation [„Global Governance and the Global Rules For Development in the Post 2015 Era“](#):

Global Governance umfasst die Gesamtheit der Institutionen, Politiken, Normen, Verfahren und Initiativen, mit denen Staaten und ihre Bürger versuchen, ihre Reaktionen auf transnationale Herausforderungen berechenbarer, stabiler und geordneter zu gestalten.

Die Global Governance zentralisiert die Kontrolle über den gesamten Bereich der internationalen Beziehungen. Sie untergräbt unweigerlich die Fähigkeit einer Nation, ihre Außenpolitik zu bestimmen. Als theoretischer Schutz vor globaler Instabilität ist dies nicht unbedingt eine schlechte Idee, aber in der Praxis wird die nationale Souveränität dadurch weder verbessert noch „geschützt“.

Die Beherrschung des globalen Regierungssystems durch eine Gruppe mächtiger Nationalstaaten stellt möglicherweise die gefährlichste und destabilisierendste Kraft von allen dar. Sie ermöglicht es diesen Nationen, ungestraft zu handeln, ungeachtet aller Behauptungen über die Einhaltung des angeblichen „Völkerrechts“.

Die Global Governance schränkt auch die Unabhängigkeit der Innenpolitik eines Nationalstaates erheblich ein. [Die Agenda 21 für nachhaltige Entwicklung](#) der Vereinten Nationen mit der kurz bevorstehenden [Agenda 2030](#) als Wegweiser wirkt sich beispielsweise auf nahezu die gesamte nationale Innenpolitik aus und gibt sogar den Kurs für die meisten innenpolitischen Maßnahmen in jedem Land vor.

Die Aufsicht der nationalen Wähler über diese „Gesamtheit“ der UN-Politik ist schwach bis gar nicht vorhanden. Globales Regieren macht aus der so genannten „repräsentativen Demokratie“ kaum mehr als eine leere Worthülse.

Da es sich bei den Vereinten Nationen um eine globale öffentlich-private Partnerschaft (UN-G3P) handelt, ermöglicht die Global Governance der „Multi-Stakeholder-Partnerschaft“ – und damit den Oligarchen – einen erheblichen Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik der Mitgliedsstaaten. Vor diesem Hintergrund liefert der UN-DESA-Bericht (siehe oben) eine ehrliche Einschätzung des wahren Charakters der UN-G3P-Global Governance:

Die derzeitigen Ansätze der Global Governance und der globalen Regeln haben dazu geführt, dass der politische Spielraum der nationalen Regierungen immer kleiner wird [...]; dies behindert auch den Abbau von Ungleichheiten innerhalb der Länder. [...] Global Governance ist zu einem Bereich mit vielen verschiedenen Akteuren geworden, darunter: multilaterale Organisationen; [...] multilaterale Elite-Gruppierungen wie die Gruppe der Acht (G8) und die Gruppe der Zwanzig (G20) [und] verschiedene Koalitionen, die für bestimmte politische Themen relevant sind[.] [...] Dazu gehören auch Aktivitäten des Privatsektors (z. B., der Global Compact), Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und große philanthropische Stiftungen (z. B. Bill and Melinda Gates Foundation, Turner Foundation) sowie damit verbundene globale Fonds, die sich mit bestimmten Themen befassen[...] Die Repräsentativität, die Beteiligungsmöglichkeiten und die Transparenz vieler der Hauptakteure sind fraglich. [...] NGOs [...] haben oft Leitungsstrukturen, die keiner offenen und demokratischen Rechenschaftspflicht unterliegen. Die mangelnde Repräsentativität, Rechenschaftspflicht und Transparenz von Unternehmen ist umso wichtiger, als Unternehmen mehr Macht haben und derzeit eine Multi-Stakeholder-Governance mit einer führenden Rolle des Privatsektors fördern. [...] Derzeit scheinen die Vereinten Nationen nicht in der Lage zu sein, bei der Lösung

von Problemen der Global Governance eine Richtung vorzugeben – vielleicht mangelt es ihnen an geeigneten Ressourcen oder an Autorität oder an beidem. Die Organe der Vereinten Nationen, mit Ausnahme des Sicherheitsrats, können keine verbindlichen Entscheidungen treffen.

[A/Res/73/254](#) erklärt, dass das UN Global Compact-Büro eine entscheidende Rolle bei der „Stärkung der Fähigkeit der Vereinten Nationen, strategische Partnerschaften mit dem Privatsektor einzugehen“, spielt. Es wird hinzugefügt:

In der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wird anerkannt, dass die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung vom aktiven Engagement sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors abhängt[.]

Während die Generalstaatsanwälte von 19 Bundesstaaten gegen BlackRock wettern könnten, weil es die politische Autorität der US-Senatoren an sich reißt, übt BlackRock lediglich seine Macht als geschätzter „öffentlich-privater Partner“ der US-Regierung aus. Das ist das Wesen der Global Governance. In Anbetracht der Tatsache, dass dieses System in den letzten 80 Jahren aufgebaut wurde, ist es für 19 Staatsanwälte etwas zu spät, sich jetzt darüber zu beschweren. Was haben sie in den letzten acht Jahrzehnten getan?

Den staatlichen „Partnern“ der UN-G3P fehlt es an „Autorität“, weil die UNO vor allem von den Rockefeller als öffentlich-private Partnerschaft gegründet wurde. Die zwischenstaatliche Struktur ist der Partner des infra-staatlichen Netzwerks privater Akteure. Was die Ressourcen betrifft, so übersteigt die Macht der „Partner“ aus dem Privatsektor die ihrer staatlichen Gegenspieler um ein Vielfaches.

Die Lehnsgüter der Unternehmen sind nicht durch nationale Grenzen begrenzt. BlackRock allein [verwaltet derzeit ein Vermögen von 8,5 Billionen Dollar](#). Das ist fast das [Fünffache des gesamten BIP des ständigen Mitglieds des UN-Sicherheitsrats Russland](#) und mehr als das Dreifache des BIP des Vereinigten Königreichs.

Sogenannte souveräne Länder [sind weder souverän](#) gegenüber ihren eigenen Zentralbanken noch sind sie „souverän“ gegenüber internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF, der [Neuen Entwicklungsbank \(NDB\)](#), der Weltbank oder der [Bank für Internationalen Zahlungsausgleich](#). Die Vorstellung, dass irgendein Nationalstaat oder eine zwischenstaatliche Organisation in der Lage ist, das globale Netzwerk des Privatkapitals in die Schranken zu weisen, ist eine Farce.

Auf der COP26-Konferenz in Glasgow im Jahr 2021 bereitete König Charles III. – damals noch Prinz Charles – die Konferenz vor, um die bevorstehende Ankündigung der „Glasgow Financial Alliance for Net Zero“ (GFANZ) zu unterstützen. Er machte [unmissverständlich klar, wer das Sagen hat](#), und stellte im Einklang mit den Zielen der UNO die Rolle der nationalen Regierungen als „befähigende Partner“ klar:

Das Ausmaß und der Umfang der Bedrohung, mit der wir konfrontiert sind, erfordern eine globale Lösung auf Systemebene, die auf einer radikalen Umgestaltung unserer derzeitigen, auf fossilen Brennstoffen basierenden Wirtschaft beruht. Meine Damen und Herren, ich appelliere daher heute an die Länder, sich zusammenzutun, um ein Umfeld zu schaffen, das es jedem Wirtschaftszweig ermöglicht, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Wir wissen, dass dies Billionen, nicht Milliarden von Dollar kosten wird. Wir brauchen eine groß angelegte Kampagne in militärischem Stil, um die Kraft des globalen Privatsektors zu bündeln, der über

Billionen verfügt, die weit über das globale BIP hinausgehen, und – mit allem Respekt – sogar über die Regierungen der führenden Politiker der Welt. Sie bietet die einzige reale Chance, einen grundlegenden wirtschaftlichen Wandel zu erreichen.

Sofern Putin und Xi Jinping nicht beabsichtigen, die Vereinten Nationen einschließlich aller ihrer Institutionen und Sonderorganisationen vollständig umzustrukturieren, scheint ihr Ziel, „die von den Vereinten Nationen geleitete internationale Architektur“ zu schützen, nichts anderes als ein Versuch zu sein, ihren Status als nominelle Führer der UN-G3P zu festigen. Wie die UN-DESA betont, ist dieser Anspruch auf politische Autorität durch die UN-G3P äußerst begrenzt. Globale Konzerne dominieren und sind dabei, ihre globale Macht durch „Multi-Stakeholder-Governance“ weiter zu konsolidieren.

Ob unipolar oder multipolar, die so genannte „Weltordnung“ ist das System der globalen Governance unter der Führung des Privatsektors – der Oligarchen. Die Nationalstaaten, darunter auch Russland und China, haben sich bereits bereit erklärt, den auf der Ebene der Global Governance festgelegten globalen Prioritäten zu folgen. Die Frage ist nicht, welches Modell der globalen öffentlich-privaten „Weltordnung“ wir akzeptieren sollten, sondern vielmehr, warum wir überhaupt eine solche „Weltordnung“ akzeptieren würden.

Dies ist also der Kontext, in dem wir die angeblichen Vorteile einer „multipolaren Weltordnung“ unter Führung Chinas, Russlands und zunehmend Indiens untersuchen können. Handelt es sich dabei um einen Versuch, wie von einigen behauptet, die Vereinten Nationen neu zu beleben und ein gerechteres und ausgewogeneres System der Weltordnungspolitik zu schaffen? Oder handelt es sich lediglich um die nächste Phase im Aufbau dessen, was viele als „Neue Weltordnung“ bezeichnen?

[In Teil 1](#) haben wir das Wesen der „Weltordnung“ und der Global Governance erörtert. Wir lernten den entscheidenden Unterschied zwischen dem westfälischen Modell gleichberechtigter, souveräner Nationalstaaten – einem mythischen Ideal, das nie Wirklichkeit wurde – und den verschiedenen Versuchen, dieser Vorlage eine Weltordnung aufzuprägen.

Insbesondere untersuchten wir, inwiefern die UNO die führende Organisation zur Förderung der Global Governance ist und wie ihre Gründungscharta die Zentralisierung der globalen Macht erleichtert. Wir haben festgestellt, dass die UNO eine „stille Revolution“ erlebt hat, die sie in eine [globale öffentlich-private Partnerschaft \(UN-G3P\)](#) verwandelt hat.

In jüngster Zeit haben wir den Aufstieg einer zukünftigen multipolaren Weltordnung beobachtet, die sich nach Ansicht einiger gegen die Hegemonie ihrer unipolaren Vorgängerin richtet. Dieses neue Modell der Weltordnungspolitik wird offenbar von den Verbündeten Russland und China angeführt, den beiden Ländern, die an der Spitze der multilateralen Partnerschaften der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) stehen. Die multipolare Weltordnung basiert auf einer stärkeren Rolle der [G20](#) anstelle der [G7](#). Dadurch werden die Positionen Russlands und Chinas als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats gestärkt.

Während die bestehende unipolare Weltordnung ein System der Weltordnungspolitik geschaffen hat, das es den Oligarchen der UN-G3P ermöglicht, die politische Agenda der Nationalstaaten auf der ganzen Welt zu beeinflussen, ist die neue multipolare Weltordnung darauf ausgerichtet, die Macht dieser Oligarchen noch weiter auszubauen, indem ihr Einfluss in absolute Kontrolle umgewandelt wird. Man braucht sich nur die russische und die

chinesische Regierung anzuschauen, wo die Ehe zwischen dem politischen und dem korporativen Staat bereits vollzogen ist. Wir werden dies in Teil 3 ausführlich behandeln.



Präsident Vladimir Putin (links) und Präsident [Oberster Führer] Xi Jinping (rechts)

Wer will eine multipolare Weltordnung?

Wir fragen: Wer will eine multipolare Weltordnung?

Die kurze Antwort: Jeder.

Die längere Antwort: Jeder, der über genügend Macht und Einfluss verfügt, um die Weltordnung zu verändern.

Das multipolare Modell wird nicht nur von den Regierungen Russlands und Chinas, ihren Oligarchen und ihren Think Tanks vorangetrieben. Es wird auch von den einstigen „Führern“ der unipolaren Weltordnung gefördert.

Man denke nur an diese Bemerkung des [deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz](#). Seine Rede, die er im Zusammenhang mit Russlands militärischer Intervention in der Ukraine hielt – die von allen Mitgliedern des westlichen Establishments vor den Kameras geißelt wird – wurde auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2022 gehalten:

Ich sehe eine weitere globale Entwicklung, die einen Wendepunkt darstellt. Wir erleben gerade, was es heißt, in einer multipolaren Welt zu leben. Die Bipolarität des Kalten Krieges gehört ebenso der Vergangenheit an wie die relativ kurze Phase, in der die Vereinigten Staaten die einzig verbliebene Weltmacht waren [...] [...] Die entscheidende Frage ist: Wie können wir sicherstellen, dass die multipolare Welt auch eine multilaterale Welt sein wird? [...] Ich bin davon überzeugt, dass sie gelingen kann – wenn wir neue Wege und Felder der Zusammenarbeit erkunden. [...] Wenn wir merken, dass unsere Welt multipolar wird, dann muss uns das anspornen: zu noch mehr Multilateralismus! Zu noch mehr internationaler Zusammenarbeit!

Auch die westlichen Zentralbanken haben sich dem multipolaren Modell zugewandt. [In einer Diskussionsrunde](#) bei der „Banque de France“ im Jahr 2011 sagte die damalige französische Finanzministerin Christine Lagarde, die später zur Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) und dann zur Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) ernannt wurde, Folgendes:

Unser Ausgangspunkt ist die Schaffung der Voraussetzungen für die Verwirklichung von zwei eng miteinander verknüpften Zielen, nämlich einerseits ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum und andererseits ein geordneter Übergang zu einer in wirtschaftlicher und währungspolitischer Hinsicht multipolaren Welt. Die G20 haben sich darauf geeinigt, den geordneten Übergang von einer Welt, in der eine kleine Anzahl von Volkswirtschaften mit ihren Währungen den Großteil des Wohlstands und des Handels ausmachen, zu einer multipolaren Welt zu fördern, in der die Schwellenländer und ihre Währungen einen wachsenden, wenn auch nicht überwiegenden Anteil ausmachen.

Im selben Jahr hielt Mark Carney, der damalige Gouverneur der Bank of Canada, [eine Rede](#) vor dem Canada Club in Ottawa, in der er sagte:

Wir treffen uns heute inmitten eines weiteren großen Wandels – eines Wandels, der sich schneller vollzieht, als den meisten bewusst ist. Die Finanzkrise hat die Verlagerung des Schwerpunkts der Weltwirtschaft beschleunigt. Fast drei Viertel des weltweiten Wachstums entfallen heute auf die Schwellenländer. [...] Die Schwäche der fortgeschrittenen Volkswirtschaften und die Stärke der Schwellenländer [...] bestimmen die globalen Wirtschaftsaussichten. [...] Diese Verschiebung hin zu einer multipolaren Welt ist grundsätzlich positiv, [aber] sie sorgt auch für Störungen.

Auch in einer dritten Rede im Jahr 2011, diesmal von Lorenzo Bini Smaghi, der das Direktorium der EZB vertrat, wurde das Potenzial der multipolaren Weltordnung betont. Smaghi wies darauf hin, dass ein wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Wandel erforderlich sei, um die neue Weltordnung zu verwirklichen. Er beklagte den Mangel an Fortschritten in den Bereichen Finanzen und Politik und schlug vor:

Wir haben eine multipolare Wirtschaftswelt, aber noch keine multipolare Finanz- oder Politikwelt. [...] Wie können wir das Funktionieren des internationalen Währungssystems verbessern? Der erste Weg besteht darin, mit dem Aufbau eines neuen institutionellen Rahmens zu beginnen [...] [Dieser] muss für diese neue multipolare Welt konzipiert werden. [...] Der zweite Weg besteht in der Umsetzung von Maßnahmen, die mit dem Übergang zu einer vollständigeren multipolaren Welt in all ihren Dimensionen vereinbar sind. [...] Eine ausgewogenere multipolare Welt erfordert auch eine tiefere finanzielle und wirtschaftliche Integration in Europa [...] Die G20 ist daher dazu bestimmt, eine übergreifende Gruppierung zu werden, die in der Lage ist, Institutionen wie den IWF, die Weltbank oder das FSB mit spezifischen Mandaten zu betrauen, aber auch in politisch sensiblen Fragen Orientierungshilfe zu geben, so wie es die G7 in der Vergangenheit getan hat.

Das Weltwirtschaftsforum, das sich selbst als [internationale Organisation der öffentlich-privaten Zusammenarbeit](#) bezeichnet, setzt sich seit einiger Zeit für das Potenzial einer multipolaren Weltordnung ein. So veröffentlichte es 2019 einen Artikel von Nannette Hechler Fayd'herbe, „Global Head of Investment Strategy & Research“ der „Credit Suisse“, die für Investitionen in „Schwellenländer“ plädierte.

Die „Credit Suisse“ ist einer der neun globalen Investmentbanking-Giganten, die zusammen das „[Bulge Bracket](#)“ bilden. Die Meinung ihrer Leiterin für strategische Investitionen [ist bemerkenswert](#):

2018 sind wir der multipolaren Welt näher gekommen, die das bipolare geopolitische Regime zwischen den USA und Russland, das aus dem Kalten Krieg hervorging, ersetzen wird. Chinas Aufstieg zu einem ernsthaften wirtschaftlichen und geostrategischen Konkurrenten der USA und sein wachsendes Selbstbewusstsein mit Programmen wie „One Belt, One Road“ oder „Made in China 2025“ haben seinen Einfluss auf der Weltbühne gestärkt. Aus der Sicht eines Investors rückt die neu entstandene multipolare Welt die nationalen Champions [-Unternehmen in großen Ländern mit einer beträchtlichen einheimischen Belegschaft in strategischen Sektoren-] und Marken in den Fokus, einschließlich der Verbraucher in Schwellenländern.

Selbst der Council of Foreign Relations (CFR), dessen elitäre Mitglieder glühende Befürworter der US-Außenpolitik sind, akzeptiert die bevorstehende Ankunft der multipolaren Weltordnung. Stewart M. Patrick, der CFR Senior Fellow, der die „[International Rules Based Order](#)“ (IRBO) definiert hat, schrieb [im Jahr 2021](#):

Die vom Westen geführte Ordnung war schon lange vor Trump am Ende. Sie wurde aus dem Gleichgewicht gebracht durch die wachsende geopolitische Konkurrenz aus China und Russland, den schrumpfenden kollektiven Anteil der Mitgliedsstaaten der einkommensstarken Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am globalen BIP und die Desillusionierung der Öffentlichkeit über die Globalisierung, insbesondere nach der Finanzkrise. Diese Schwächen bleiben bestehen. [...] Der G7-Gipfel in Cornwall wird es Beobachtern auch ermöglichen, den politischen Zusammenhalt und die globale Relevanz der G7 in einer ideologisch vielfältigen, multipolaren Welt zu beurteilen.

Ein letztes Beispiel: Am 21. März 2022 sagte US-Präsident Joe Biden auf einem [Wirtschaftskongress](#) im Weißen Haus:

Ich glaube, dass wir uns an einem Wendepunkt in der Weltwirtschaft befinden [...] [...] Das passiert alle drei bis vier Generationen. Jetzt ist eine Zeit, in der sich die Dinge verschieben [...] Es wird eine neue Weltordnung geben, und wir müssen sie anführen und den Rest der freien Welt darin vereinen.

Was ist hier los? Warum akzeptieren die Architekten der unipolaren Hegemonie bereitwillig, durch Multipolarität ersetzt zu werden – und bieten an, den Übergang zu erleichtern? Warum gibt es, egal wo man hinschaut, selbst in den kämpferischsten westlichen Denkfabriken, eine allgemeine Zustimmung zur Entstehung einer neuen multipolaren Weltordnung?

Man könnte argumentieren, dass dies die einzige realistische Perspektive ist.

Dennoch ist das Fehlen jeglichen Widerstands auffallend. Es deutet darauf hin, dass hinter diesem verblüffenden Widerspruch mehr steckt, als es den Anschein hat. In der Tat enthüllen die von uns zitierten Äußerungen und viele weitere von anderen westlichen Machthabern mehr als nur die Duldung einer multipolaren Welt, sondern eine klare Absichtserklärung für die Schaffung einer „neuen Weltordnung“.

Der Punkt ist: Wenn die derzeitigen Inhaber der globalen Macht die Kontrolle behalten wollen, dann ist der Übergang zu einer multipolaren Weltordnung erforderlich. Sie verstehen, dass das

multipolare System der notwendige nächste Schritt in der Entwicklung der unipolaren Ordnung ist.



Christine Lagarde – ehemalige französische Finanzministerin, Präsidentin des IWF und jetzt Präsidentin der EZB.

Die Dollar-Reservewährung über Bord werfen

Wie um die Tatsache zu unterstreichen, dass die vom Dollar gestützte unipolare Weltordnung vorbei ist, sagte Jerome Powell, Gouverneur der US-Notenbank (Fed), [im April 2022](#):

Der US-Bundshaushalt befindet sich auf einem nicht nachhaltigen Pfad, was einfach bedeutet, dass die Schulden deutlich schneller wachsen als die Wirtschaft. Und das ist per Definition auf Dauer nicht tragbar.

Dann fügte er einen beruhigenden, aber letztlich leeren Vorbehalt hinzu:

Es ist eine andere Sache zu sagen, das derzeitige Schuldenniveau sei nicht aufrecht zu erhalten. Das stimmt nicht. Das derzeitige Schuldenniveau ist sehr nachhaltig. Und es steht außer Frage, dass wir in der Lage sind, diese Schulden in absehbarer Zukunft zu bedienen und zu emittieren.

Wenn die Götter im Einklang stünden, es keine Geopolitik gäbe, universeller Friede und Freude herrschten und die Welt reibungslos und vorhersehbar verlief, dann wären Powells Beteuerungen vielleicht plausibel gewesen. Aber so funktioniert die Welt nun einmal nicht. Auch Powells imaginäre „Wenns“ sind keine Grundlage für eine solide globale Reservewährung. Sein Eingeständnis war der springende Punkt.

Die US-Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP liegt derzeit bei [schätzungsweise 137,2% des BIP](#). Die Kosten für die COVID-19-Gegenmaßnahmen und die Sanktionsmaßnahmen des Westens gegen Russlands Militäraktion in der Ukraine – einschließlich der enormen Summen, die die USA und einige europäische Länder in die angebliche Militarisierung der Ukraine investiert haben – haben die Situation nur noch verschlimmert.

Die ausufernde Staatsverschuldung ist in jeder anderen großen westlichen Volkswirtschaft fast genauso schlimm. Im Vereinigten Königreich beläuft sie sich auf [103.7% des BIP](#), und in der Europäischen Währungsunion (Eurozone) hat sie 2021 [die 100%-Marke des BIP](#) überschritten.

Die wirtschaftliche, finanzielle und politische Grundlage der unipolaren Welt schwindet rapide.

Wie Zentralbanker wie Powell (USA), Lagarde (EU), Andrew Bailey (Großbritannien), Elvira Nabiullina (Russland) und Agustín Carstens (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) sowie alle anderen wichtigen Akteure wie Carney (UN) wissen, gibt es allen Grund, sich zu fragen, wie lange die USA ihre Schulden bedienen können, d. h. den geforderten Mindestbetrag zurückzahlen. Amerikas einzige Option besteht darin, die Gelddruckmaschinen weiter laufen zu lassen, was nur zu weiterer Inflation und schließlich zum wirtschaftlichen Ruin führen kann.

In dem Maße, wie die US-Wirtschaft sinkt, sinkt auch die dominierende globale Reservewährung und scheinbar auch die finanzielle Macht der westlich orientierten Oligarchen. Das sieht nach vorsätzlicher Selbstzerstörung aus.

Nur zwei Tage nach dem Beginn der so genannten „[militärischen Spezialoperation](#)“ Russlands in der Ukraine gaben die Regierungen der USA, Großbritanniens, Kanadas und der Europäischen Union – dem Kern der G7 – bekannt, dass sie beschlossen haben, [die Devisenreserven der russischen Zentralbank in Höhe von 630 Milliarden Dollar einzufrieren](#). Die US-Regierung hat so etwas zwar schon einmal getan, nämlich [zwei Wochen zuvor in Afghanistan](#), aber der Entzug des Reichtums einer großen Industrienation und eines Mitglieds des UN-Sicherheitsrats war ein klares Signal an den Rest der Welt.

Länder halten aus zahlreichen Gründen Devisenreserven, vor allem aber, um sich gegen die wirtschaftlichen Auswirkungen von Krisen verschiedener Art abzusichern. Wenn beispielsweise die Währung eines Landes abgewertet wird, stellt das Halten von Reserven in einer stabilen Fremdwährung sicher, dass das Land das Niveau des internationalen Handels kurzfristig aufrechterhalten kann. Auf einigen Märkten, vor allem auf dem globalen Ölmarkt, wird der Handel überwiegend in der derzeit führenden Reservewährung, dem US-Dollar, abgewickelt.

Da es keinen einheitlichen, übergreifenden Rahmen des „internationalen Rechts“ gibt, der über Reservewährungen entscheidet, ist das Konzept einer „auf internationalen Regeln basierenden Ordnung“, wenn überhaupt, nur auf die vereinbarte Rolle des US-Dollars als globale Reservewährung anwendbar. Unabhängig von der Moral der militärischen Aktion der russischen Regierung oder den menschlichen Kosten hat die westliche unipolare Clique mit der Beschlagnahme der russischen Reserven, die lediglich auf einer außenpolitischen Meinungsverschiedenheit beruhte, der Welt verkündet, dass ihre IRBO völlig bedeutungslos ist.

Der einzige Grund, warum Nationalstaaten einer dominanten globalen Reservewährung zustimmen, ist – abgesehen von wirtschaftlicher Macht -, dass sie auf die Stabilität dieser Währung vertrauen. Wenn diese Währungsreserven beschlagnahmt werden, wann immer es dem Ausgabestaat danach ist, dann könnte diese Währung nicht instabiler sein und hat ihre Glaubwürdigkeit als lebensfähige Reserve verloren.

Trotz der Behauptungen der [westlichen Politiker und ihrer Propagandisten](#) in den Mainstream-Medien (MSM) ist sich die ganze Welt [nicht einig](#) in ihrer Verurteilung der russischen Militäraktion in der Ukraine. Außerhalb Nordamerikas, Europas und Australasiens gibt es keine

Verurteilung. Mit dem Griff nach Russlands Reserven hat die so genannte IRBO dem Rest der Welt mehr oder weniger offen erklärt, dass der US-Dollar als globale Reservewährung tot ist.

Wladimir Putin hatte [offenbar Recht mit seiner Feststellung](#):

Die Verhängung von Sanktionen ist die logische Fortsetzung und das Destillat der unverantwortlichen und kurzsichtigen Politik der Regierungen und Zentralbanken der USA und der EU-Länder. Die Weltwirtschaft und der Welthandel insgesamt haben einen schweren Schlag erlitten, ebenso das Vertrauen in den US-Dollar als wichtigste Reservewährung. Das unrechtmäßige Einfrieren eines Teils der Währungsreserven der Bank von Russland markiert das Ende der Zuverlässigkeit der so genannten erstklassigen Vermögenswerte. [...] Jetzt weiß jeder, dass Finanzreserven einfach gestohlen werden können.

Er übte sich auch in „Virtue Signaling“ und lobte die russische Privatwirtschaft für ihre Bemühungen um eine „nachhaltige Entwicklung“:

Ich möchte der Wirtschaft und den Teams in Unternehmen, Banken und Organisationen danken, die nicht nur wirksam auf die mit den Sanktionen verbundenen Herausforderungen reagieren, sondern auch den Grundstein für die weitere nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft legen.

Die NATO-Staaten, die hinter den Sanktionen stehen, haben außerdem beschlossen, die russischen Geschäftsbanken schrittweise [aus dem SWIFT-Netzwerk \(Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications\) auszuschließen](#). Dabei handelt es sich um ein internationales Finanzkommunikationssystem, das es Banken und Finanzinstituten ermöglicht, sich gegenseitig unter Verwendung standardisierter Codes über internationale Geldüberweisungen zu informieren.

Sowohl Russland als auch China haben [Alternativen zum SWIFT-System in Aussicht gestellt](#). Russland entwickelte 2014 sein System zur Übermittlung von Finanznachrichten (SPFS) und China 2015 sein grenzüberschreitendes Interbankenzahlungssystem (CIPS). Nach Angaben der russischen Zentralbank (CBR) wurde das SPFS als Reaktion auf die Sanktionen [rasch ausgebaut](#). Potenziell könnten beide Systeme das westliche verdrängen, aber CIPS scheint der wahrscheinlichste [Ersatz für SWIFT](#) zu sein.

Das angebliche Ziel der G7 für diese Sanktionen war es, der Russischen Föderation den Zugang zu den globalen Märkten abzuschneiden, aber die Welt ist groß. Die Sanktionen haben lediglich Russlands Fähigkeit beschnitten, mit dem Westen mit Energie und anderen wichtigen Rohstoffen wie Getreide und Palladium – [wichtig für die Herstellung von Halbleitern](#) – zu handeln. Vor allem auf Kosten des Westens.

Russland und China sind seit langem bestrebt, ihre Volkswirtschaften zu „entdollarisieren“ und haben zahlreiche [bilaterale Handelsabkommen](#) außerhalb des Dollarsystems geschlossen. Mit den Sanktionen hat der Westen der Russischen Föderation eines seiner wichtigsten außenpolitischen Ziele auf dem Silbertablett serviert. Eine seltsame Art der Bestrafung.

In diesem Jahr berichtete der IWF, dass Länder auf der ganzen Welt ihre Devisenreserven in den letzten zwei Jahrzehnten [zunehmend diversifiziert haben](#). Im letzten Quartal 2021 war der Dollaranteil an den weltweiten Reservewährungen bereits auf unter 59% gesunken. Die Sanktionen gegen die Russische Föderation gaben den russischen und chinesischen

Bestrebungen, die globalen Reservewährungen zum Nutzen ihrer eigenen Volkswirtschaften neu zu ordnen, einen massiven Auftrieb.

Im Juni 2022, im Anschluss an die Sanktionen, kündigten die BRICS-Staaten ihre Pläne an, eine [neue Form globaler Reservewährung](#) zu schaffen, die auf einem Korb von BRICS-Währungen basiert. Dies stellt eine direkte Herausforderung für die Sonderziehungsrechte (SZR) dar, die der IWF den Nationalstaaten zuweist. Auf der Grundlage des zugrunde liegenden Wertes der Währungen im „Korb“ können sie wie jeder andere Vermögenswert gegen Waren, Dienstleistungen oder Rohstoffe eingetauscht – oder gegen Währung zurückgegeben – werden.



Jerome Powell – Vorsitzender der US-Notenbank

Multipolare Global Governance ist anders

Es ist leicht zu glauben, wie es einige tun, dass die westlichen Oligarchen in Gefahr sind, [ihre Machtbasis zu verlieren](#). Viele derjenigen, die solche Ansichten vertreten, behaupten auch, dass die derzeitige Weltordnung von denselben Oligarchen beherrscht wird. Wir müssen uns fragen, ob diese Leute glauben, die globalistischen Oligarchen täten nichts mit all dieser Macht und Autorität. Sie sitzen nicht einfach untätig herum und sehen zu, wie ihnen diese Macht entgleitet, während sich die Welt um sie herum weiter dreht.

In Wirklichkeit sind sie keineswegs untätig gewesen. Wie aus ihren Äußerungen und Handlungen hervorgeht, haben sie seit Jahrzehnten Vorbereitungen für den Übergang zu einem neuen multipolaren System getroffen.

Zur Veranschaulichung: Im Jahr 2009 sagte der globale Investor, Währungsspekulant und Oligarch [George Soros der „Financial Times“](#):

Man muß China wirklich in die Schaffung einer neuen Weltordnung einbeziehen, einer finanziellen Weltordnung. [...] Ich denke, man braucht eine neue Weltordnung, an deren Schaffung China beteiligt sein muss, und es muss sich finanziell einbringen. Sie muss ihnen genauso gehören wie, sagen wir, den Vereinigten Staaten der Washingtoner Konsens, die derzeitige Ordnung. [...] Ich denke, die Voraussetzungen dafür sind bereits gegeben, denn die

G20 hat sich mit der Vereinbarung von Peer Reviews tatsächlich in diese Richtung bewegt. [...] Solange der Renminbi an den Dollar gebunden ist, sehe ich nicht, wie der Rückgang des Dollars zu weit gehen kann. [...] [Ein] geordneter Rückgang des Dollars ist eigentlich wünschenswert. [...] China wird der Motor sein, der den US-Konsumenten ablöst, und [...] China wird der Motor sein, der sie [die Weltwirtschaft] vorantreibt, und die USA werden eher ein Bremsklotz sein, der durch einen allmählichen Wertverlust des Dollars mitgezogen wird.

Den Vertretern der russischen und chinesischen Regierung zufolge wird [die multipolare Weltordnung](#), die angeblich von ihnen angeführt wird, die G20 und nicht die G7 ermächtigen, die „globale Wirtschaftspolitik“ zu steuern. Das ist keine Überraschung.

Darüber hinaus besteht das erklärte Ziel darin, eine „auf internationalem Recht basierende Weltordnung“ wiederherzustellen, die eine „echte Multipolarität mit den Vereinten Nationen“ fördern wird. Der UN-Sicherheitsrat wird weiterhin „eine zentrale und koordinierende Rolle“ spielen, mit dem Ziel, „demokratische internationale Beziehungen“ und „nachhaltige Entwicklung in der ganzen Welt“ zu fördern.

Diese globale Agenda unterscheidet sich kaum von derjenigen, die von der unipolaren IRBO propagiert wird. Der angebliche Unterschied besteht darin, dass Russland und China eine BRICS-zentrierte multipolare Ordnung anführen werden, die mehr als nur ein Lippenbekenntnis zum Völkerrecht und zu multilateralen Vereinbarungen ablegt. Angeblich wird sich das multipolare Modell an das Völkerrecht halten und sich auf die kollektive Entscheidungsfindung konzentrieren.

Der [verspätete Widerstand einiger US-Bundesstaaten](#) gegen die Anlagestrategie von „BlackRock“ in US-Pensionsfonds ist nur ein kleines Ärgernis für den globalen Konzerntitan. Während sie die US-Wirtschaft zur „Dekarbonisierung“ gedrängt haben, haben sie in China nicht den gleichen Ansatz gewählt.

„BlackRock“ und die westlichen Oligarchen, [die über „BlackRock“ investieren](#), haben beschlossen, eine [enorme Investition](#) in Chinas „staatlichen“ [Kohlenwasserstoffriesen „PetroChina“](#) zu tätigen. Die „China National Petroleum Corporation“ (CNPC) gehört zu den größten „fossilen“ Energieunternehmen der Welt. Sie handelt sowohl mit Gas als auch mit Öl, und „PetroChina“ ist ihr börsennotierter Zweig.

Im Jahr 2021 erhielt „BlackRock“ als erstes ausländisches Unternehmen von der chinesischen Regierung die Erlaubnis, [einen Investmentfonds in China aufzulegen](#), der ein „langfristiges Kapitalwachstum“ für chinesische Anleger anstrebt. Das Kapitalwachstum soll durch BlackRocks Engagement für eine „nachhaltige Entwicklung“ erzielt werden. Dies wurde von den westlichen Medien und dem [verärgerten Oligarchen George Soros](#) mit Bestürzung aufgenommen, der dies als [einen großen Fehler](#) bezeichnete und hinzufügte:

Die BlackRock-Initiative gefährdet die nationalen Sicherheitsinteressen der USA und anderer Demokratien, da das in China investierte Geld dazu beitragen wird, das Regime von Präsident Xi zu stützen.

Chinas autoritärer, technokratischer Regierungsstil passt zu BlackRock. In einem Gespräch mit Erik Schatzker von Bloomberg im Jahr 2011 sagte der CEO von BlackRock, Larry Fink, [berüchtigterweise](#):

Die Märkte mögen keine Unsicherheit. Märkte mögen eigentlich totalitäre Regierungen, bei denen man weiß, was da draußen vor sich geht, und offensichtlich ändert sich jetzt die ganze Dimension. [...] mit der Demokratisierung der Länder. Und Demokratien sind sehr chaotisch, wie wir in den Vereinigten Staaten wissen [.]

Dies folgte auf die [Bemerkung von George Soros](#) aus dem Jahr 2010, dass „China heute nicht nur eine stärkere Wirtschaft hat, sondern auch eine besser funktionierende Regierung als die Vereinigten Staaten.“ Daher ist sein kleiner Streit mit „BlackRock“ vielleicht überraschend.

Wie [in Teil 1](#) erwähnt, sind Oligarchen keine homogene Gruppe von Automaten, die alle mit einem Kopf denken. Sie haben sich gemeinsam langfristigen Zielen verschrieben, sind sich aber oft nicht einig, wie sie diese erreichen sollen.

Während die Investoren von „BlackRock“ offenbar Chinas Technisierung als vorteilhaft ansehen, hat Soros immer versucht, die Nation von innen heraus mit verschiedenen revolutionären Mitteln zu destabilisieren und dann seinen Reichtum zu nutzen, um das von ihm gewünschte System zu installieren. Seine [offensichtliche Unterstützung](#) der gewaltsamen Revolte in Hongkong und seine gegen chinesische Unternehmen gerichteten [Finanzverbrechen](#) haben ihn bei Chinas Oligarchie [nicht gerade beliebt gemacht](#).

Aber wenn man seine Partner verärgert, ist das kein Grund, das langfristige Spiel aus den Augen zu verlieren. Nachdem Soros die chinesische Regierung öffentlich kritisiert und Xi Jinping 2019 als [„gefährlichsten Feind“](#) der Demokratie bezeichnet hatte, schrieben von Soros unterstützte Nichtregierungsorganisationen wie die [„Sunrise“-Bewegung](#) und „ActionAid USA“ im Jahre 2021 einen offenen Brief [an die US-Regierung](#), in dem sie eine engere Zusammenarbeit mit China im Hinblick auf das gemeinsame Ziel der Oligarchen, die nachhaltige Entwicklung, forderten.

Nach dem Krieg Russlands mit der Ukraine und den Sanktionen des Westens erscheint die Investition von „BlackRock“ in „PetroChina“ heute nicht mehr als ein so großer Fehler. Der Anstieg der Ölpreise führte bei „PetroChina“ zu einem [enormen Gewinnsprung](#), wie auch bei fast allen anderen Öl- und Gasunternehmen. Doch die chinesische Anlagestrategie von „BlackRock“ ist auch aus anderen Gründen klug.

Da sich die Energieströme plötzlich vom Westen in den Osten verlagern, werden Maßnahmen wie der [Multimilliarden-Dollar-Deal](#) zwischen dem russischen Staatsunternehmen „Gazprom“ und dem chinesischen Staatsunternehmen „CNPC“ den Gewinn von „BlackRock“ weiter steigern.

Unter dem Druck der Sanktionen werden „Gazprom“ und „CNPC“ ihre Geschäfte in Rubel und Yuan abwickeln. Die konsequente Untermauerung ihrer Währungen stärkt den Plan der BRICS-Staaten, die Vormachtstellung des Dollars als Reservewährung anzufechten. Mit seinem chinesischen Investmentfonds werden die Anleger von „BlackRock“ nicht nur von ihrem „PetroChina“-Geschäft profitieren, sondern sind auch in einer guten Position, um von der wahrscheinlichen Veränderung des internationalen Währungs- und Finanzsystems (IMFS) zu profitieren.

Es scheint, als besäße „BlackRock“ fast magische Fähigkeiten der Voraussicht.

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die multipolare Weltordnung etwas gegen die übermäßige Macht der Oligarchen des Privatsektors unternehmen wird, die die globale öffentlich-private

Partnerschaft der Vereinten Nationen (UN-G3P) dominieren. Weder sie noch ihre Investitionsportfolios sind auf nationale Grenzen beschränkt. Jeder Nationalstaat kann ein Investitionsvehikel sein, und internationale Beziehungen sind nur ein Teil ihrer strategischen Finanzplanung.

Die globalen Mechanismen und Partnerschaftsnetzwerke, die für die globalistischen Oligarchen als „Kraftmultiplikator“ fungieren, sind nicht in Gefahr. Aus der Sicht der Oligarchen ist der Wechsel zum multipolaren Modell lediglich ein Wechsel des mittleren Managements in der Weltordnungspolitik.

Die politische Agenda der Oligarchen, einschließlich der Schaffung einer neuen Weltwirtschaft auf der Grundlage einer [schuldenbasierten nachhaltigen Entwicklung](#) und [natürlicher Anlageklassen](#) im Rahmen eines kohlenstoffneutralen IMFS in Höhe von 4 Billionen Dollar, bleibt fest auf Kurs. Die multipolare Weltordnung ist keineswegs eine Bedrohung, sondern von entscheidender Bedeutung. Ohne sie kann der [Diebstahl unserer natürlichen Ressourcen](#) und die Kapitalisierung der Natur nicht weitergehen.

Kürzlich sagte Larry Fink auf dem Seminar der „Clinton Foundation“ im Rahmen der [„Global Initiative“](#):

Wenn wir die Welt verändern wollen, fließt einfach nicht genug Geld [in die Schwellenländer](#). Wir müssen die Satzungen des IWF und der Weltbank ändern, wenn wir dieses Ziel erreichen wollen. [...] Es gibt riesige Kapitalpools, aber dieses Kapital ist nicht ausgestattet [...] Es liegt an den Kapitaleignern [...] Grundsätzlich müssen die G20 den Wunsch haben, dies zu tun. [...] Wenn wir das schaffen, wird die Menge an Kapital, die in die aufstrebende Welt, nach Afrika [zum Beispiel], fließen wird, außergewöhnlich sein. [...] In den nächsten Jahren besteht die Möglichkeit, dies zu tun, und dann werden wir nicht nur eine tektonische Verschiebung in den Industrieländern, sondern eine tektonische Verschiebung in der ganzen Welt erleben.

Bildschirm-Direktaufnahme eines auf Twitter geteilten Videos

Vielleicht denkt Larry an die Art von Reformen, die die BRICS unter Ausnutzung der Pseudopandemie im Jahr 2021 vorgeschlagen haben. Gemeinsam erklärten die BRICS, [zu den Prioritäten für die Reform](#) des IWF und der Weltbank gehörten „innovative und integrative Lösungen, einschließlich digitaler und technologischer Instrumente zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung“ und die Stärkung der Kapazitäten der Nationen zur Bewältigung von Problemen im Zusammenhang mit „Terrorismus, Geldwäsche, Cyberspace, Infodemie und Fake News“.

Die Hegemonen der multipolaren Weltordnung wünschen sich auch eine „Reform“ des UN-Sicherheitsrats durch eine stärkere „Vertretung der Entwicklungsländer“ wie Brasilien, Indien oder Südafrika, wodurch die Kontrolle zugunsten der BRICS verschoben würde. Sie erkannten auch „die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung als eine umfassende, unteilbare, weitreichende und auf den Menschen ausgerichtete Reihe universeller und transformativer Ziele“ an. All dies werde angeblich „das System der Weltordnungspolitik“ verbessern, hieß es.

Der einzige erkennbare Unterschied besteht darin, dass die BRICS „die Dringlichkeit einer Wiederbelebung der UN-Generalversammlung betonen, um deren Rolle und Autorität zu stärken.“ [Wie wir bereits erörtert haben](#), hat die Generalversammlung nach der UN-Charta keine „Autorität“. Die von den BRICS angestrebte Reform der Generalversammlung soll

jedoch „im Einklang mit der UN-Charta“ erfolgen. Wenn die Erklärung der BRICS keinen Sinn ergibt, dann deshalb, weil sie nunmal keinen ergibt.

Es ist klar, dass „BlackRock“ und die BRICS auf der gleichen Seite stehen; abgesehen davon ist dieses neue Modell der Weltordnungspolitik unter der Führung Chinas und Russlands zwar dasselbe wie das bestehende Modell, aber vermutlich „besser“, weil russische, chinesische und indische Oligarchen nettere Menschen sind als ihre westlichen Gegenstücke ... Wir werden diese Vermutung in Teil 3 untersuchen.

Genau wie die IRBO hat auch die multipolare Weltordnung ihre Absicht signalisiert, die Zensuragenda beizubehalten. Die Verpflichtung, den IWF und die Weltbanken zu reformieren, basiert auf einem unerschütterlichen Bekenntnis zur „nachhaltigen Entwicklung“ und zur Agenda 2030 – also zur Agenda21 -, was „BlackRock“, „Vanguard“ und dem Rest der globalen öffentlich-privaten Partnerschaft perfekt in den Kram passt.

Damit dieses neue Modell der G20-basierten „Global Governance“ nicht nur bellen, sondern auch beißen kann, ist ein globales Steuersystem erforderlich. Zu diesem Zweck haben die G20 und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Dezember 2021 ihre [„Zwei-Säulen-Lösung zur Bewältigung der steuerlichen Herausforderungen“](#) fertiggestellt. Angeblich soll sie die Steuervermeidung von „multinationalen Unternehmen“ (MNU) unterbinden, was nicht der Fall sein wird. Der Anstoß für dieses im Entstehen begriffene globale Steuersystem ging weitgehend [von den G20 aus](#).

Es überrascht nicht, dass die BRICS-Staaten, die den Kern der multipolaren Weltordnung bilden, [alle den ersten konzertierten Versuch unterzeichnet haben](#), ein einheitliches globales Steuersystem einzuführen. Es scheint, dass die neue Weltordnung sich selbst finanzieren wird, so wie es alle Imperien tun – durch die Besteuerung der Menschen.



Larry Fink – Vorstandschef von BlackRock

Nachbarschaftswechsel

Die westliche, unipolare, verschuldete Weltordnung ist wirtschaftlich und finanziell am Ende und nähert sich für die UN-G3P ihrem Verfallsdatum. Das derzeitige IMFS, das mit dem [Bretton-Woods-Abkommen](#) eingeführt und durch das [nachfolgende Petrodollar-System](#) aufrechterhalten wurde, ist am Ende. Mit dem weltweiten Finanzkollaps im Jahr 2008 lief es endgültig aus. Seitdem wurde es am Leben erhalten, indem einfach Billionen von Dollar gedruckt wurden – im übertragenen Sinne.

Nur wenig von diesem Geld ist in die Realwirtschaft geflossen, in der Sie und ich leben. Der größte Teil wurde abgeschöpft, [um die Finanzmärkte zu stützen](#), während der Übergang zum multipolaren System voranschreitet.

Dieses Überangebot des US-Dollars, der derzeit führenden globalen Reservewährung, wird seinen Wert weiter erodieren lassen – und schließlich zerstören. Infolgedessen befindet sich die US-Wirtschaft in ihrer jetzigen Form ebenso wie weite Teile der westlichen Wirtschaftsordnung im Niedergang. Wie „BlackRock“ feststellt, sind die bestehenden Triebkräfte der finanziellen Ausbeutung [erschöpft](#). Jetzt, da die westlichen Volkswirtschaften ihre Wachstumsgrenzen erreicht haben, sind neue Quellen für globale wirtschaftliche Anreize erforderlich.

Weder Russland noch China sind zufällig zum Wachstumsmotor der Welt geworden. China ist energiehungrig und Russland ist energiereich. Gemeinsam sind sie [weltweit führend in der Militärtechnologie](#), und China ist [weltweit führend in der verarbeitenden Industrie](#), die Russland gerne mit seinem Öl, Gas und seiner Kohle befeuert. Trotz der Feindseligkeiten der Vergangenheit haben die Führungen beider Länder den gegenseitigen Nutzen einer engeren Partnerschaft nicht nur erkannt, sondern sie haben eine solche auch geschmiedet.

Wenn sie dazu in der Lage sind, betreiben alle Nationalstaaten Wirtschaftsspionage. Es ist albern zu behaupten, dass Russland und China dies nicht tun. Ebenso albern waren die Äußerungen des ehemaligen Direktors der Nationalen Sicherheitsbehörde der USA (NSA) und damaligen Leiters des US-Cyber-Kommandos, General Keith Alexander, der [2015 vor einem Streitkräfteausschuss des US-Senats über Chinas technologische Entwicklung sprach](#):

Alles, was sie tun, ist alles zu stehlen, was sie können, um ihre Wirtschaft wachsen zu lassen. [...] Es geht um geistiges Eigentum, es geht um unsere Zukunft. Ich denke, das ist der größte Vermögenstransfer der Geschichte.

Steuern und Inflation sind die größten Vermögenstransfers in der Geschichte, aber das war noch nicht das Ende von General Alexanders Fehlern. Im Gegensatz zu seinen Behauptungen hat die westliche öffentlich-private Partnerschaft alles in ihrer Macht Stehende getan, um Chinas Entwicklung zu unterstützen.

Im Jahr 1970 veröffentlichte Zbigniew Brzezinski [„Between Two Ages: America’s Role In The Technetronic Era“](#) [„Zwischen zwei Zeitaltern: Amerikas Rolle in der technetronischen Ära“, Anm. d. Übersetzers]. Er erkannte, dass die Macht des privaten Sektors die der Regierungen bereits übertroffen hatte, und sah in der Verschmelzung des politischen und des Unternehmensstaates den logischen Weg in einer aufstrebenden, von der digitalen Technologie dominierten Welt:

Der Nationalstaat als grundlegende Einheit des organisierten Lebens der Menschen hat aufgehört, die wichtigste schöpferische Kraft zu sein: Internationale Banken und multinationale

Konzerne agieren und planen in einer Weise, die den politischen Konzepten des Nationalstaates weit voraus ist.

1973 gründete Brzezinski zusammen mit dem Oligarchen David Rockefeller die „Trilaterale Kommission“ (eine Denkfabrik). Ihr Ziel war es, mit Blick auf die Vorherrschaft der USA im Bereich der öffentlich-privaten Partnerschaften die Entwicklung im Osten zu fördern, mit besonderem Augenmerk auf China. [Die Kommission berichtet](#) über ihren ursprünglichen Zweck und die spätere Entwicklung:

Es herrschte das Gefühl, dass die Vereinigten Staaten nicht mehr in einer so singulären Führungsposition waren wie in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. [...] , und dass eine stärker geteilte Form der Führung [...] erforderlich sein würde, damit das internationale System die großen Herausforderungen der kommenden Jahre erfolgreich bewältigen kann. [...] Die anhaltenden Auswirkungen der Finanzkrise, die 2008 begann, sind in allen Ländern und Regionen zu spüren. Sie hat das Vertrauen in das internationale System als Ganzes grundlegend erschüttert. Die Kommission sieht in diesen beispiellosen Ereignissen einen erhöhten Bedarf an gemeinsamem Denken und gemeinsamer Führung durch die trilateralen Länder.

Im Jahr 2009 traten Delegierte der Regierungen Chinas und Indiens der Pazifik-Asien-Gruppe der Trilateralen Kommission bei. Daher warb der [Trilateralist George Soros](#) im selben Jahr für eine stärkere Beteiligung Chinas an der Schaffung einer „neuen Weltordnung“.

Die Bemühungen um eine Verlagerung des globalen Machtzentrums nach Osten begannen ernsthaft in den 1980er Jahren. Geleitet von den von den Trilateristen und anderen globalistischen Denkfabriken empfohlenen Politiken, verstärkte der Westen seine Bemühungen, Chinas wirtschaftliche, finanzielle und technologische Entwicklung zu fördern.

Zwischen 1983 und 1991 stiegen die [ausländischen Direktinvestitionen](#) des Westens in China von 920 Mio. \$ auf 4,37 Mrd. \$. Im Jahr 1994 lag China bei den US-Auslandsinvestitionen [auf Platz 30](#). Im Jahr 2000 lag es auf Platz 11, da die westlichen multinationalen Unternehmen ihre ausländischen Direktinvestitionen in China zwischen 1994 und 2001 vervierfachten. Bis 2019 erreichten sie die Marke von 2,1 Mrd. \$.

Die Pseudopandemie führte zu einem anfänglichen Rückgang der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen um 42%, nicht jedoch in China, wo sie um weitere 4% zunahmen. Damit [überholte China](#) die USA und wurde vorübergehend zum weltweit führenden Empfänger ausländischer Direktinvestitionen. Während der Privatsektor die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft vorantrieb, ermutigte der öffentliche Sektor im Westen China, seine weltpolitische Präsenz zu verstärken.

1979 gewährten die USA China die volle diplomatische Anerkennung; 1982 wurde diese Verpflichtung im dritten gemeinsamen Kommuniqué bekräftigt; [1984 erhielt Peking die Erlaubnis](#), US-Militärgüter zu kaufen; 1994 intervenierte das Clinton-Haus, um das Embargo aus dem Kalten Krieg gegen die Ausfuhr „sensibler Technologie“ nach China (und Russland) [aufzuheben](#); Das Gesetz über die Beziehungen zwischen den USA und China aus dem Jahr 2000 wurde von Präsident Clinton (einem Mitglied der Trilateralen Kommission) unterzeichnet, wodurch die Handelsbeziehungen weiter verbessert wurden. 2003 unterstützten die USA den [Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation](#), und bald darauf richtete die Bush-Regierung ständige normale Handelsbeziehungen (PNTR) mit China ein. 2005 forderte der damalige stellvertretende Außenminister Robert B. Zoellick, China dazu auf, seinen Platz [als „verantwortungsvoller Stakeholder“ einzunehmen](#).

Ein Bericht der Weltbank aus dem Jahr 2019 mit dem Titel [„Innovate China: New Drivers of Growth“](#) stellt fest, wie stark sich der Westen im Rahmen der G3P für die chinesische Entwicklung engagiert:

Die Regierungen anderer einkommensstarker Länder haben bestimmte Technologien und Branchen unterstützt, insbesondere durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE). In den Vereinigten Staaten haben Regierungsstellen wie die Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) des Verteidigungsministeriums und die National Institutes of Health entscheidende Finanzmittel für Schlüsseltechnologien bereitgestellt. Diese Maßnahmen werden durch die Unterstützung von Schlüsseltechnologien und -industrien – wie der Raumfahrt-, Verteidigungs-, Automobil- und Stahlindustrie – ergänzt, unter anderem durch verschiedene Fonds wie die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (fünf Fonds mit einem Volumen von mehr als 450 Mrd. EUR) und Horizont 2020 (77 Mrd. EUR für 2014-20).

Der damalige Gouverneur der Bank of England und heutige [UN-Sonderbeauftragte für Klimapolitik und Finanzen](#), Mark Carney, hielt im August 2019 auf dem Symposium der G7-Zentralbanker in Jackson Hole, Wyoming, eine Rede, in der er seine Begeisterung für die multipolare Weltordnung zum Ausdruck brachte. [In dieser bemerkenswerten Rede](#), die für jeden, der glaubt, dass Politiker die Welt regieren, schockierend ist, wurde mehr oder weniger dargelegt, wohin sich die Weltordnung entwickelt:

Eine destabilisierende Asymmetrie im Herzen des IMFS nimmt zu. Während die Weltwirtschaft neu geordnet wird, bleibt der US-Dollar so wichtig wie zu Zeiten des Zusammenbruchs von Bretton Woods [...] Mittelfristig müssen die politischen Entscheidungsträger die Karten neu mischen. Das heißt, wir müssen die Struktur des derzeitigen IMFS verbessern. [...] Längerfristig müssen wir die Spielregeln ändern. [...] Jedes unipolare System ist für eine multipolare Welt ungeeignet. [...] In der neuen Weltordnung reicht es nicht mehr aus, sich darauf zu verlassen, dass man sein eigenes Haus in Ordnung hält. Auch die Nachbarschaft muss sich ändern. [...] [Eine] multipolare Weltwirtschaft erfordert eine neue IMFS, um ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Das wird nicht einfach sein. Übergänge zwischen globalen Reservewährungen sind seltene Ereignisse. [...] [Es] ist eine offene Frage, ob eine solche neue synthetische Hegemonialwährung (SHC) am besten durch den öffentlichen Sektor bereitgestellt werden sollte, vielleicht durch ein Netzwerk von digitalen Zentralbankwährungen. [...] [Eine] SHC könnte den Übergang, den das IMFS benötigt, erleichtern. [...] Die Unzulänglichkeiten des IMFS sind immer deutlicher geworden. Selbst eine flüchtige Kenntnis der Geldgeschichte legt nahe, dass dieses Zentrum nicht halten wird. [...] Beenden wir die böartige Vernachlässigung des IMFS und bauen wir ein System auf, das der entstehenden vielfältigen, multipolaren Weltwirtschaft gerecht wird.

Kurz und bündig, so Carney: Die „Weltwirtschaft wird neu geordnet“, der Dollar bleibt nur kurzfristig „wichtig“ und „wir“ – die G7-Zentralbanker – müssen das IMFS verbessern, indem wir „das Spiel“ im Sinne einer „multipolaren Welt“ ändern, weil das unipolare System ungeeignet ist. Die „Nachbarschaft“ (die Erde) muss sich ändern, um das Potenzial eines „multipolaren“ IMFS auszuschöpfen. Dies erfordert die Umwandlung der „globalen Reservewährung“ in eine Art „synthetische Hegemonialwährung“, die vielleicht auf „digitalen Zentralbankwährungen“ (CBDCs) basiert.

China ist, auch dank westlicher Unterstützung, bei der CBDC-Technologie führend unter den entwickelten Volkswirtschaften der Welt. Es begann 2014 mit [ernsthaften Tests von CBDC](#) und [führte sie 2020 in Städten wie](#) Shenzhen, Chengdu und Suzhou ein. In diesem Jahr hat China

die Verwendung des digitalen Yuan, e-CNY genannt, ausgeweitet und ist damit auf dem Weg, [die erste bargeldlose große Volkswirtschaft zu werden](#).

Russland ist nicht weit davon entfernt. Zwölf führende russische Banken begannen 2021 mit der technischen Erprobung des digitalen Rubels, bevor dieser [am 15. Februar 2022](#) offiziell eingeführt wurde, nur neun Tage vor Beginn der „speziellen Militäroperation“ in der Ukraine. Die erste stellvertretende Vorsitzende der CBR, Olga Skorobogatova, sagte:

Die Plattform des digitalen Rubels ist eine neue Chance für Bürger, Unternehmen und den Staat. Wir planen, dass die Bürgerinnen und Bürger Überweisungen in digitalen Rubeln kostenlos und in jeder Region des Landes vornehmen können [...] Auch der Staat wird ein neues Instrument für gezielte Zahlungen und die Verwaltung von Haushaltszahlungen erhalten.

Mehr noch, die Einführung von CBDC in einer bargeldlosen Gesellschaft, in der kein anderes Zahlungsmittel „erlaubt“ ist, versklavt jeden Bürger an den Staat. CBDC ist sowohl [programmierbares Geld](#) als auch eine Verbindlichkeit der Zentralbanken. Es gehört nicht nur immer der Zentralbank und nie dem Nutzer, sondern kann auch so programmiert werden, dass es nach deren Vorstellungen funktioniert.

Russland hat bereits den rechtlichen Rahmen geschaffen, um dies in die Tat umzusetzen.

Im Jahr 2019 kündigte Wladimir Putin [Änderungen am russischen Bundesgesetz](#) an, die es dem russischen Staat ermöglichen, [die Verwendung von Kryptowährungen zu verbieten](#). In einer „bargeldlosen Gesellschaft“ könnten diese eine Form der Alternativwährung sein. Bislang haben die Gesetzesänderungen [wenig Wirkung](#) gezeigt. Aber wenn Russland zu einem bargeldlosen Kontrollnetz übergeht, steht die regulatorische Plattform bereit.

Der NATO-Denkfabrik [„Atlantic Council“](#) zufolge erforschen 105 Länder, die 95% des weltweiten BIP repräsentieren, CBDCs, während „die G7-Volkswirtschaften, die USA und Großbritannien bei der Entwicklung von CBDC am weitesten zurückliegen“. Es mutet seltsam an, dass die unipolare IRBO anscheinend wieder so weit hinterherhinkt. Vor allem, wenn man bedenkt, dass einige ihrer führenden „Denker“ gerne „ein Netzwerk digitaler Zentralbankwährungen“ sehen würden.

Auf der Suche nach einer synthetischen Hegemonialwährung mag es für die Führer der IRBO eine gewisse Erleichterung sein, dass, wie der „Atlantic Council“ feststellte, „viele Länder alternative internationale Zahlungssysteme erforschen“ und dass die „Verbreitung verschiedener CBDC-Modelle eine neue Dringlichkeit für die internationale Standardisierung schafft.“

Auch wenn es offensichtlich ist, dass China führend ist, können sich die IRBO und die russische Zentralbank vielleicht mit der Einschätzung der NATO-Denkfabrik trösten:

Dieser Trend wird sich nach den Finanzsanktionen gegen Russland wahrscheinlich noch verstärken.

Die Nachbarschaft ist sicherlich im Wandel.



Mark Carney – ehemaliger Geschäftsführer von Goldman Sachs, Gouverneur der Bank of Canada und der Bank of England, Sondergesandter des britischen Premierministers für die COP26, Vorsitzender des FSB, Mitglied des WEF-Kuratoriums und derzeitiger stellvertretender Vorsitzender und Leiter des Bereichs Impact Investing bei Brookfield Asset Management sowie UN-Sondergesandter für den Klimawandel.

Aufbau des neuen IMFS

Russland ist nach den USA und Saudi-Arabien der [drittgrößte Ölproduzent](#) und nach den USA der [zweitgrößte Produzent von Erdgas](#). Da aber der Energieverbrauch der USA den Russlands bei weitem übersteigt, ist das Land nach Saudi-Arabien der [zweitgrößte Erdölexporteur](#) und der [führende Erdgasexporteur der Welt](#). Russland verfügt außerdem über die [größten Gasreserven der Erde](#).

2018 begann die „Shanghai International Energy Exchange“ [mit dem Handel von Öl-Futures](#), die auf den chinesischen Yuan (CNY) lauten. Um den Yuan zu einem vollwertigen Petroyuan zu machen, musste er nur von den Rohölexporteurs in großem Umfang als Zahlungsmittel akzeptiert werden. China bezahlt Russland und den Iran bereits seit 2012 mit dem Yuan für Öl, aber die Sanktionen in diesem Jahr haben die Glaubwürdigkeit des Petroyuan auf eine ganz neue Ebene gehoben.

Die Russische Föderation hat nicht nur ihre Ölexporte nach China massiv gesteigert und ist zum führenden Öllieferanten des Landes geworden, sondern [akzeptiert auch Zahlungen in Renminbi \(RMB\)](#). Der CNY ist [der Rechnungsgrundsatz](#) für den RMB. Weltweit ist der Petroyuan als unmittelbare Folge der Sanktionen des Westens nun eine praktische Realität. Auch Venezuela hat bereits zugestimmt, den Petroyuan zu akzeptieren. Wenn Saudi-Arabien den Petroyuan akzeptiert, [was immer wahrscheinlicher wird](#), wird auch der Yuan einen Sprung nach vorn als potenziell dominierende globale Reservewährung gemacht haben.

Vielleicht ist es nur ein Zufall, dass sowohl die Pseudopandemie als auch der Krieg in der Ukraine dazu geführt haben, dass sich Nationalstaaten auf der ganzen Welt zu einer Politik verpflichtet haben, die den Übergang zu einer multipolaren Weltordnung gerade erleichtert. Dass diese beiden weltverändernden Ereignisse genau nach dem Willen der globalen

Parasitenklasse „die Karten neu mischen“, ist sicherlich unheimlich, wenn nicht geradezu unglaublich.

Da sich das Machtzentrum nach Osten verlagert, wird die neue Weltordnung vielleicht doch noch das Versprechen einlösen, das von einigen behauptet wird – nämlich, dass Russland und China dem heimtückischen „Great Reset“ tatsächlich die Stirn bieten. Könnte das wahr sein? Wir leben in der Hoffnung.

Trotz der Tatsache, dass die westliche öffentlich-private Partnerschaft eine zentrale und scheinbar absichtliche Rolle bei dieser Polaritätsverschiebung gespielt hat, sind die russische und die chinesische Regierung vielleicht entschlossen, eine bessere Weltordnung für uns alle zu schaffen, [wie einige Kommentatoren meinen](#):

Es entsteht eine höhere geopolitische Realität, die für die Menschheit im Allgemeinen einen viel größeren Nutzen haben wird, wenn sie nicht sabotiert wird. Vor unseren Augen zeichnet sich eine potenziell schöne neue Zukunft ab, die von der Wiedererweckung des Geistes der Seidenstraße angetrieben wird.

Wenn wir diese Serie mit Teil 3 abschließen, werden wir vielleicht feststellen, dass die wundersame Vision einer „schönen neuen Zukunft“, die von China und Russland angeführt wird, eine realistische Aussicht ist.

Oder vielleicht auch nicht.

In [Teil 1](#) haben wir uns mit den Kräften befasst, die die Weltordnung formen, und mit den Versuchen, ihr verschiedene Modelle der globalen Governance aufzuzwingen. In [Teil 2](#) haben wir das Fortschreiten der globalen Machtverschiebung von West nach Ost erörtert und die Frage gestellt, warum so viele Verfechter der so genannten „unipolaren Weltordnung“ die Unvermeidbarkeit dieser Machtverschiebung nicht nur akzeptiert, sondern offenbar auch unterstützt haben.

Angeblich stellt die multipolare Version der Weltordnung insofern eine Abkehr vom unipolaren Modell dar, als sie – angeblich – wirklich das Völkerrecht einhalten und die Macht unter einer breiteren Koalition von Nationalstaaten aufteilen wird. Infolgedessen wird es – vermutlich zum ersten Mal – einen funktionierenden Multilateralismus in die Weltordnungspolitik einführen. Für manche klingt dieses multipolare Modell besser als das derzeitige, auf internationalen Regeln basierende unipolare Modell.

Betrachtet man jedoch [die Erklärungen der angepriesenen Führer](#) der neuen multipolaren Weltordnung, so scheinen sich ihre Ziele nicht von denen ihrer unipolaren Gegenspieler zu unterscheiden.

Zum einen bekennen sie sich ohne Wenn und Aber zur nachhaltigen Entwicklung und zur Agenda 2030.

Zum anderen sprechen sie sich dafür aus, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das politische Zentrum der Weltordnungspolitik bleibt – auch wenn [der Verlust des Vetorechts nicht in Erwägung gezogen wird](#).

Darüber hinaus unterstützen sie die vom Weltwirtschaftsforum propagierte [Vierte industrielle Revolution \(4IR\)](#), die durch KI angetrieben wird.

Sie halten [auch Zensur und Informationskontrolle für notwendig](#), um die „Infodemie“ zu bekämpfen und die Welt vor „Desinformation“ zu schützen.

Ihre globalen Initiativen – und [die öffentlich-privaten Partnerschaften](#), die sie umsetzen werden – sind [praktisch identisch](#) mit den Initiativen ihrer unipolaren Gegenspieler, obwohl sie eine wichtige Abweichung bieten, die wir in Teil 4 diskutieren werden.

China adds 373 public-private partnership projects

July 20, 2020

Abstract : *China saw 373 new public-private partnership (PPP) projects registered in the first half of the year, according to the country's top economic planner.*

Schließlich ist für die Befürworter der Multipolarität das neue globale „Finanzsystem“ wie immer [der Schlüssel](#) zur angeblichen „Transformation“.

Bislang haben die globalistischen Oligarchen, die letztlich die Nutznießer des unipolaren Modells sind, die Polaritätsverschiebung von West nach Ost nicht nur befürwortet, sondern auch mit begünstigt. Sie haben nämlich die geld-, finanz- und wirtschaftspolitischen und damit auch die geopolitischen Bedingungen geschaffen, die dies zu garantieren scheinen.

In den Teilen 1 und 2 haben wir gelernt, dass die unipolare Weltordnung ein System der Global Governance etabliert hat, [das auf globalen öffentlich-privaten Partnerschaften beruht](#), und dass dies Oligarchen in die Lage versetzt hat, politische Agenden auf der ganzen Welt zu gestalten, ohne an nationale Grenzen gebunden zu sein.

Wenn die multipolare Weltordnung etwas Neues ist, dann sollte sich diese Entwicklung hin zu einer zentralisierten Weltordnungspolitik doch ändern, oder? Doch wenn das multipolare Modell den Übergang zur zentralisierten Macht zu beschleunigen scheint, dann müssen wir uns fragen, ob es überhaupt etwas Neues und Anderes an sich hat.



Der multipolare große Reset

[Wie bereits erwähnt](#), bezeichnet sich das Weltwirtschaftsforum (WEF) selbst als die führende Organisation für globale öffentlich-private Partnerschaften (G3P). Im Jahr 2019 versuchte das WEF, seinen Anspruch zu untermauern, indem es eine strategische Partnerschaft mit der UNO einging. Das allgemeine Ziel der Partnerschaft war es, „die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen“.

Das WEF hat sich in den letzten Jahren auffällig in die globale Erzählung eingefügt, vor allem mit seinem [angeblichen Great Reset](#) (GR). Das gleichnamige Buch von Klaus Schwab und Thierry Malleret, das angeblich „als Antwort“ auf die angebliche globale Pandemie geschrieben wurde, ist nur ein weiterer in einer langen Reihe von Versuchen, die öffentliche Angst und Sorge auszunutzen, um eine Reihe von politischen Agenden zu verkaufen.



Thierry Malleret

Der Tenor des Buches und des Projekts „Great Reset“ ist es, im Geiste der Solidarität und des Mitgefühls mit der Menschheit und der Natur „Analysen“ und „Lösungsvorschläge“ anzubieten. Die schillernden Köpfe dahinter haben versucht, uns dabei zu helfen, „zu verstehen,

was in einer Vielzahl von Bereichen auf uns zukommt“. Es handelt sich nicht um einen Plan, sondern um einen freundlichen Ratschlag. Zumindest behauptet das WEF dies.

Das WEF vertritt die mächtigsten globalen Konzerne der Welt. Wie wir in den letzten Jahren gesehen haben, können allein die Pharmakonzerne globale politische Entscheidungen beeinflussen und tun dies oft auch. Man muss schon sehr naiv sein, um sich vorzustellen, dass das WEF und seine Interessenvertreter (Mitglieder) nicht das bewirken können, was sie vorgeben, nur beratend vorzuschlagen. Dies ist der Kontext, in dem wir ihre Worte analysieren werden.

Den beiden zufolge ist „das Wesentliche“ des GR ein Plan, „gescheiterte Ideen, Institutionen, Prozesse und Regeln durch neue zu ersetzen, die den aktuellen und zukünftigen Bedürfnissen besser entsprechen“. Wie fast alle anderen westlichen Denkfabriken und „internationalen Organisationen“ räumen sie ein, dass der Übergang zu einer multipolaren Welt einfach unausweichlich sei:

Das 21. Jahrhundert wird höchstwahrscheinlich eine Ära ohne einen absoluten Hegemon sein, in der keine einzelne Macht die absolute Vorherrschaft erlangt. In dieser chaotischen neuen Welt, die durch eine Verschiebung in Richtung Multipolarität und einen intensiven Wettbewerb um Einfluss gekennzeichnet ist, werden die Konflikte oder Spannungen nicht mehr durch Ideologie bestimmt sein. – [The Great Reset (TGR), S. 76]

Für das WEF sind die alten Unterscheidungen zwischen rechts und links, Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus und sogar den Extremen des Faschismus und Kommunismus verschwunden. Für den WEF ist alles, was bleibt, der globale Umweltschutz, der, wie die Co-Autoren des Buches behaupten, keine Ideologie ist:

In Bezug auf globale Risiken ist die Pandemie am ehesten mit dem Klimawandel und dem Zusammenbruch von Ökosystemen (den beiden wichtigsten Umweltrisiken) gleichzusetzen. Alle drei stellen von Natur aus und in unterschiedlichem Maße existenzielle Bedrohungen für die Menschheit dar, und wir könnten argumentieren, dass COVID-19 uns bereits einen Einblick oder Vorgeschmack darauf gegeben hat, was eine ausgewachsene Klimakrise und der Zusammenbruch des Ökosystems aus wirtschaftlicher Sicht bedeuten könnten. – (TGR, S. 95)

Zum Glück für das WEF und seine Partner ist diese drohende Vernichtung in Wirklichkeit eine „Chance“, wie sie sagen:

Die Möglichkeiten für einen Wandel und die daraus resultierende neue Ordnung sind jetzt unbegrenzt und nur durch unsere Vorstellungskraft begrenzt, [...] die Volkswirtschaften könnten, wenn sie sich erholen, den Weg zu mehr Inklusivität einschlagen und besser auf die Bedürfnisse unseres globalen Gemeinwesens abgestimmt sein. – (TGR, S. 17)

Schwab und Malleret sind begeisterte [Verfechter des Akzelerationismus](#):

Wir müssen unverzüglich den Großen Neustart in die Wege leiten. Dies ist kein „Nice-to-have“, sondern eine absolute Notwendigkeit. [. . .] Die Pandemie gibt uns diese Chance: Sie „stellt ein seltenes, aber enges Zeitfenster dar, in dem wir über unsere Welt nachdenken, sie neu denken und zurücksetzen können“. [Klaus Schwab zugeschriebenes Zitat] – [TGR, S. 172]

Und:

Während die Wirtschaft wieder anspringt, bietet sich die Gelegenheit, mehr gesellschaftliche Gleichheit und Nachhaltigkeit in den Aufschwung einzubinden und den Fortschritt in Richtung der Ziele für nachhaltige Entwicklung 2030 zu beschleunigen statt zu verzögern[.] – [TGR, S. 175]

Das einzige Problem, das dieses Duo bei der „Verschiebung in Richtung Multipolarität“ sieht, ist, dass der damit verbundene Rückzug aus der „Globalisierung“ zu schnell erfolgen könnte. Natürlich würde ein verfrühter Rückzug ihrer Meinung nach „Chaos“ verursachen – wir sollten uns also vor dieser Möglichkeit fürchten. Folglich wird die neue „Form der Globalisierung“ in ihren Augen nur dann „lebensfähig“ sein, wenn das richtige übergreifende System fest etabliert ist: Global Governance. Wie sie es ausdrücken:

Ein überstürzter Rückzug aus der Globalisierung würde Handels- und Währungskriege nach sich ziehen, die Wirtschaft eines jeden Landes schädigen, soziales Unheil anrichten und Ethno- oder Clan-Nationalismus auslösen. Der einzige gangbare Weg, den Rückzug zu bewältigen, ist die Schaffung einer viel umfassenderen und gerechteren Form der Globalisierung, die sie sowohl sozial als auch ökologisch nachhaltig macht. Dies erfordert politische Lösungen [. . .] und eine Form effektiver globaler Governance. – (TGR, S. 81)

Schwab und Malleret behaupten, dass die von Pseudopandemien ausgelösten Zusammenbrüche die beklagenswerte Aussicht auf ein „globales Ordnungsdefizit“ eröffnen. In Ermangelung eines „absoluten Hegemons“ – der unipolaren Weltordnung – müssen die Nationalstaaten daher einen Weg finden, „auf globaler Ebene zusammenzuarbeiten“. Sie sagten:

Wenn keine einzelne Macht die Ordnung durchsetzen kann, wird unsere Welt unter einem „globalen Ordnungsdefizit“ leiden. Wenn es den einzelnen Nationen und internationalen Organisationen nicht gelingt, Lösungen für eine bessere Zusammenarbeit auf globaler Ebene zu finden, laufen wir Gefahr, in ein „Zeitalter der Entropie“ einzutreten, in dem Rückzug, Zersplitterung, Wut und Engstirnigkeit unsere globale Landschaft zunehmend bestimmen und sie unverständlicher und ungeordneter machen. Die Pandemiekrise hat diesen traurigen Zustand sowohl offengelegt als auch verschlimmert. (TGR, S. 76)

Der so genannte „Great Reset“ wurde entwickelt, um den orchestrierten Zusammenbruch der unipolaren Weltordnung zu steuern und auszunutzen. Der Weg in Richtung Multipolarität, neu gestalteter Globalisierung und einer neuen Ordnung ist vorgezeichnet. Es ist die der multipolaren Weltordnung innewohnende „Deglobalisierung“, die die vorgeschlagene „Chance“ für die globale öffentlich-private Partnerschaft bietet. Niemand, insbesondere nicht das WEF, schlägt vor, die „Hyperglobalisierung“ der „absoluten Hegemonie“ beizubehalten. Sie erklären:

Es hat keinen Sinn zu versuchen, den Status quo wiederherzustellen [. . .], aber es ist wichtig, die Nachteile eines möglichen freien Falls zu begrenzen, der große wirtschaftliche Schäden und soziales Leid nach sich ziehen würde. [. . .] Dies wird nur durch eine verbesserte globale Governance möglich sein – der „natürlichste“ und wirksamste Faktor zur Abschwächung protektionistischer Tendenzen. [. . .] Es ist keine Zeit zu verlieren. Wenn wir das Funktionieren und die Legitimität unserer globalen Institutionen nicht verbessern, wird die Welt bald unkontrollierbar und sehr gefährlich werden. Es kann keinen dauerhaften Aufschwung geben ohne einen globalen strategischen Rahmen für die Regierungsführung. – (TGR, S. 81)

Dieser „strategische Rahmen“ ist die Global Governance einer multipolaren Welt, und das WEF behauptet, dass dies einfach die „natürlichste“ Antwort auf globale Krisen sei, da nach Ansicht

des WEF einzelne Nationalstaaten nicht in der Lage sind, die Probleme der Welt zu lösen. Folglich können nach Ansicht des WEF nur multilaterale Institutionen der Global Governance, wie sein strategischer Partner, die Vereinten Nationen, eine Katastrophe abwenden. Dies ist „die Essenz“ des Great Reset, wie das Buch deutlich macht:

Ohne eine angemessene globale Governance werden wir bei unseren Versuchen, globale Herausforderungen anzugehen und darauf zu reagieren, gelähmt sein, vor allem, wenn es eine so starke Dissonanz zwischen kurzfristigen, nationalen Erfordernissen und langfristigen, globalen Herausforderungen gibt. Dies ist eine große Sorge[.] – [TGR, S. 83]

Und:

Die Quintessenz ist: Angesichts eines solchen Vakuums in der Weltordnungspolitik sind nur die Nationalstaaten kohäsiv genug, um kollektive Entscheidungen zu treffen, aber dieses Modell funktioniert nicht, wenn es um weltweite Risiken geht, die konzertierte globale Entscheidungen erfordern. Die Welt wird ein sehr gefährlicher Ort sein, wenn wir die multilateralen Institutionen nicht in Ordnung bringen. – (TGR, S. 85)

Die „Quintessenz“ des WEF ist, dass das westfälische Modell, ob real oder eingebildet, einfach nicht in der Lage ist, mit „globalen Herausforderungen“ umzugehen. Nur eine „multilaterale“ Weltordnungspolitik kann den Abstieg in eine „sehr gefährliche“ Welt abwenden. Daher ist ein Wechsel zur Multipolarität erforderlich.

Dies sind genau die Argumente, die von den angeblichen Führern der neuen multipolaren Weltordnung vorgebracht wurden.

Die Behauptung, der GR stelle eine Verteidigung der unipolaren Ordnung dar und der Wandel hin zu einem multipolaren Modell sei eine Art Gegenmittel zum Great Reset, scheint auf einem grundlegenden Missverständnis dessen zu beruhen, was der GR ist.

Multipolare Geschichte

Um diesen Punkt weiter zu veranschaulichen: Schwab und Malleret vermuten, dass die von ihnen identifizierten „globalen Herausforderungen“ den Trend der „Regionalisierung“ fortsetzen werden. Sie sagen, dass die Welt anstelle der unipolaren Hegemonie der USA zunehmend in halbautonome Regionen mit kontinentaler Ausdehnung aufgeteilt sein wird:

Das wahrscheinlichste Ergebnis auf dem Kontinuum zwischen Globalisierung und Nicht-Globalisierung liegt in einer Zwischenlösung: der Regionalisierung. Der Erfolg der Europäischen Union als Freihandelszone oder die neue Regionale Umfassende Wirtschaftspartnerschaft in Asien (ein vorgeschlagenes Freihandelsabkommen zwischen den zehn ASEAN-Ländern) sind wichtige Beispiele dafür, wie die Regionalisierung zu einer neuen verwässerten Version der Globalisierung werden kann. Kurz gesagt: Die Deglobalisierung in Form einer stärkeren Regionalisierung hat bereits stattgefunden. COVID-19 wird diese globale Divergenz nur noch beschleunigen, da sich Nordamerika, Europa und Asien zunehmend auf die regionale Selbstversorgung konzentrieren, statt auf die weit entfernten und komplizierten globalen Lieferketten, die früher das Wesen der Globalisierung ausmachten. – [TGR, S. 79]

Diese „regionalisierte“ Welt hat eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem von Professor Carroll Quigley vorgestellten Modell. [In seinem Interview mit dem Journalisten Rudy Maxa von der „Washington Post“ aus dem Jahr 1974](#) sprach Quigley von der „Drei-Mächte-Welt“. Er hatte

bereits akribisch die Aktivitäten eines anglo-amerikanischen Netzwerks katalogisiert, dessen Mitglieder große Fortschritte beim Aufbau eines Systems der globalen Governance gemacht hatten, das sie zu kontrollieren hofften:

Sie arbeiteten daran, die englischsprachige Welt zu föderieren [. . .]. Sie waren eng mit internationalen Bankiers verbunden. [. . .] [Sie] arbeiteten daran, eine Welt zu errichten, die ich eine Drei-Mächte-Welt nenne. Und diese Drei-Mächte-Welt war: Der Atlantikblock (England, das Commonwealth und die Vereinigten Staaten), Deutschland (Hitlerdeutschland), Sowjetrußland. [. . .] Das alles ist in meinem Buch beschrieben, und das war ihre Idee. Beachten Sie, dass es sich um ein System des Gleichgewichts der Kräfte handelt.



Prof. Carrol Quigley

Die Vorstellung von Machtblöcken, die zuweilen einander feindlich gesinnt waren, die aber alle ihren Teil zur Aufrechterhaltung eines zentral gesteuerten globalen Systems verwalteter internationaler Beziehungen beitrugen, klingt sehr ähnlich wie das Modell, das vom [„Rockefeller Brothers Fund’s Special Studies Project“](#) skizziert wurde.

Um es kurz zu machen: Im Jahr 1955 entdeckten die Rockefellers, die gerade eine entscheidende Rolle bei der Gründung der Vereinten Nationen gespielt hatten, die Talente von Henry Kissinger, als er Studiendirektor des „Council of Foreign Relations“ (CFR) war, einer US-amerikanischen Denkfabrik für Außenpolitik. Im folgenden Jahr beauftragten sie ihn mit der Leitung eines Fünfjahresprojekts, das „die wichtigsten Probleme und Chancen der USA definieren, die nationalen Zwecke und Ziele klären und Grundsätze entwickeln sollte, die als Grundlage für die künftige nationale Politik dienen könnten“. Kissinger leitete dieses Projekt und ist seither der Gesandte der Rockefellers geblieben.

Die anschließende Sammlung von „Rockefeller Panel Reports“ wurde 1961 in [„Prospect for America“](#) (PfA) veröffentlicht. In diesen Berichten stellten die von den Rockefellers ausgewählten Gremiumsmitglieder fest, dass der Imperialismus des 19. Jahrhunderts ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Weltordnung gewesen sei, dass aber die beiden Weltkriege die Fähigkeit der Regierungen, ihn zu kontrollieren, praktisch zunichte gemacht hätten, weshalb die UNO notwendig sei. Die Rockefellers und ihr Mann Kissinger erkannten, was das WEF später als „globales Ordnungsdefizit“ bezeichnen würde:

Ein System zur Organisation der internationalen Ordnung wurde zerstört, ohne durch ein anderes ersetzt zu werden. – [Prospect for America, S. 164]

Das Problem war, dass die UNO nicht so funktionierte, wie es die Rockefeller und ihre Partner wollten. Ärgerlicherweise beharrten die Vertreter der nationalen Regierungen, die diesem internationalen Gremium angehörten, immer wieder auf ihren eigenen Vorstellungen.

Dies bedeutete, dass die „großen Hoffnungen“ der Rockefeller auf die „institutionelle Ausprägung“ einer echten Weltordnungspolitik im Keim erstickt wurden. Wo lag die Schuld? Hier:

Die großen Hoffnungen wurden nicht vollständig erfüllt, weil die formellen Institutionen der Weltorganisationen darauf ausgelegt waren, mehr zu erreichen, als der Konsens der bestehenden gemeinsamen Bestrebungen zu unterstützen bereit war. – [PfA, S. 164]

Der Grund für diesen fehlenden Konsens war, dass die Nationalstaaten, die sich in ihrem Streben nach der westfälischen Mythologie wohl fühlten, in ihrem souveränen Eigeninteresse handelten und bilaterale Handelsabkommen und Verteidigungsverträge schlossen. Daher waren sie in gewisser Weise resistent gegen eine absolute Global Governance durch ihre privaten Partner. Die Lösung der Rockefeller für die Unnachgiebigkeit der Nationalstaaten bestand darin, den Planeten in überschaubare Teile, Blöcke oder „Pole“ aufzuteilen. Dies würde dann eine globale Governance unter der Schirmherrschaft der Rockefeller und ihrer Partner ermöglichen:

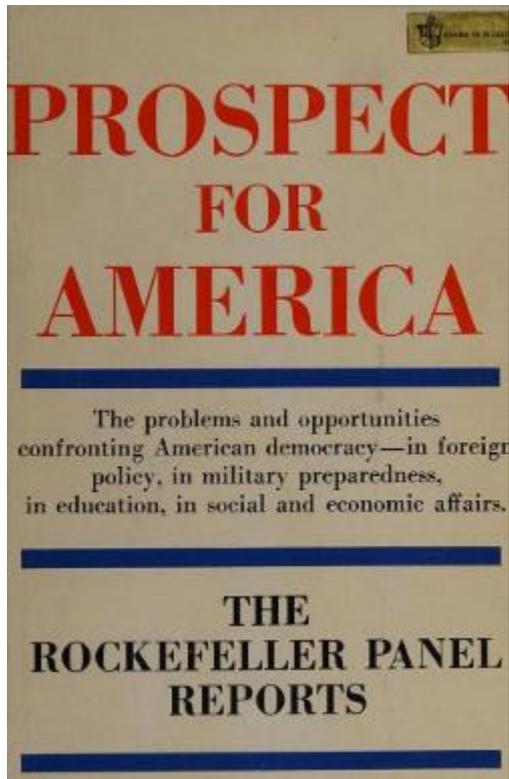
Das erhoffte Ergebnis ist der Friede in einer Welt, die in kleinere Einheiten unterteilt ist, aber in gemeinsamer Anstrengung organisiert ist und handelt, um den Fortschritt im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und geistigen Leben zu ermöglichen und zu unterstützen. Sie würde vermutlich aus regionalen Institutionen bestehen, die einer internationalen Körperschaft mit wachsender Autorität unterstehen, die so zusammengesetzt sind, dass sie in der Lage sind, sich mit den Problemen zu befassen, die die einzelnen Nationen in zunehmendem Maße nicht allein lösen können. (PfA, S. 26)

Anschließend stellte eine von Rockefeller finanzierte Denkfabrik für globale Politik, der „Club of Rome“, in seiner 1972 erschienenen Publikation [„Die Grenzen des Wachstums“](#) einige [absurde Computermodelle](#) für Vorhersagen auf. Fast zwanzig Jahre später, im Jahr 1991, veröffentlichte der „Club of Rome“ in seinem Buch [„First Global Revolution“ \(FGR\)](#) weitere absurde Prognosen. Auf der Grundlage seiner albernsten Computermodelle stellte er einige Vorhersagen über Naturkatastrophen auf, von denen aus offensichtlichen Gründen keine wie vorgesehen eingetreten ist.

Doch obwohl dies Unsinn ist, hat die FGR tatsächlich die angeblichen „Probleme“ definiert, die die Nationalstaaten angeblich nicht „allein lösen“ können. Heute akzeptiert die ganze Welt all dies, als wäre es eine Tatsache. Wir folgen kollektiv einer globalen Agenda, die auf den kalkulierten, unbewiesenen Überlegungen eines von Rockefeller finanzierten, elitären Clubs beruht:

Auf der Suche nach einem gemeinsamen Feind, gegen den wir uns vereinen können, sind wir auf die Idee gekommen, dass Umweltverschmutzung, die drohende globale Erwärmung, Wasserknappheit, Hungersnöte und Ähnliches dafür in Frage kämen. In ihrer Gesamtheit und in ihrem Wirken stellen diese Phänomene tatsächlich eine gemeinsame Bedrohung dar, der wir uns alle gemeinsam stellen müssen. Aber wenn wir diese Gefahren als Feind bezeichnen, tappen

wir in die Falle, vor der wir die Leser bereits gewarnt haben, nämlich Symptome mit Ursachen zu verwechseln. Alle diese Gefahren sind durch menschliche Eingriffe in die natürlichen Prozesse verursacht und können nur durch veränderte Einstellungen und Verhaltensweisen überwunden werden. Der wahre Feind ist also der Mensch selbst. (FGR, S. 75)



Für die Oligarchen, die die Weltwirtschaft und das Weltgeschehen manipulieren, ist der Mensch das eigentliche Problem. Die Warnungen der Oligarchen vor einer Klimakatastrophe dienen dazu, ihre Mechanismen zu legitimieren, mit denen sie uns und nicht die Umwelt kontrollieren. Nach ihrer verzerrten Logik muss das menschliche Verhalten kontrolliert und der menschliche Glaube neu geordnet werden. Ihre Ideen sind ganz im Sinne der erbärmlichen Quacksalberei der Eugenik, die viele Oligarchen, [wie Bill Gates, zu akzeptieren scheinen](#).

Die Rockefeller und ihre Partner – ein „Netzwerk“, wenn Sie so wollen – haben die UNO gegründet, um eine echte globale Governance über die „kleineren Einheiten“ – regionale Blöcke – auszuüben:

Die Vereinten Nationen [sind] die internationale Organisation, die heute die begründete Hoffnung hegt, immer mehr Aufgaben und immer größere Verantwortung übernehmen zu können. [. . .] Geist und Buchstabe der Charta [. . .] sind mehr als nur ein Lippenbekenntnis zur unverzichtbaren Weltordnung[.] [PFA, S. 33]

Und:

Die UNO steht schließlich als Symbol für die Weltordnung, die eines Tages errichtet werden wird. [PFA, S. 35]

Die Rockefeller und ihre Partner haben erklärt, wie diese Weltordnung zustande kommen wird. Sie bestanden darauf, dass der Schlüssel zur globalen Governance in der multilateralen

„Regionalisierung“ liegt (eine Behauptung, die das WEF und andere Befürworter der multipolaren Weltordnung später wiederholen würden).

Man beachte, dass Kissingers von Rockefeller finanzierte Forscher in ihren Berichten abwechselnd die „Vereinigten Staaten“ und „wir“/“uns“ verwendeten. In diesem Fall scheint es ziemlich klar zu sein, wer das „wir“ ist, auf das sie sich beziehen:

Die natürlichsten multinationalen Vereinbarungen sind häufig regionaler Natur. Wenn sie voll entwickelt sind, beinhalten sie ein gemeinsames Abkommen über Währungs- und Wechselkursvereinbarungen, eine gemeinsame Steuerdisziplin und die Freizügigkeit von Kapital und Arbeit. Wir glauben, dass dieser regionale Ansatz weltweit Gültigkeit hat. [. . .] Was wir sofort brauchen, ist die Entschlossenheit, in die von ihnen vorgegebene Richtung zu gehen. Regionale Vereinbarungen sind nicht länger eine Frage der Wahl. Sie werden durch die Erfordernisse von Technologie, Wissenschaft und Wirtschaft erzwungen. Unsere Aufgabe ist es, durch konstruktives Handeln zu diesem Prozess beizutragen. (PfA, S. 188-190)

Der multipolare Zufall

Die multipolare Weltordnung ist nicht neu. Sie steht auch nicht im Gegensatz zum sogenannten „Great Reset“. Beide sind nur zwei weitere Schritte auf dem Weg zum uralten Ziel der Global Governance.

In dem Buch „Great Reset“ erklärte Schwab, der für das WEF sprach, dass die globale Governance in einer multilateralen, regionalisierten Welt mit stärker lokalisierten Lieferketten die „natürlichste“ Antwort auf globale Krisen sei.

Vielleicht ist es nur ein Zufall, dass die Rockefellers sechzig Jahre zuvor genau denselben Plan veröffentlichten und behaupteten, dass die „natürlichsten multinationalen Arrangements häufig regional sind“.

Vielleicht ist es auch nur ein Zufall, dass das von Prof. Carroll Quigley aufgedeckte „Netzwerk“ vor dem „Special Studies Project“ der Rockefellers im Wesentlichen dasselbe globale Regierungssystem vorschlug, das auf einem multipolaren „Gleichgewicht der Kräfte“ beruht.

Diese Koinzidenzen führen zu der Feststellung, dass die Formulierung des multipolaren Plans dem ähnlichen Plan des WEF um mehr als ein Jahrhundert vorausgeht.

Man könnte auch feststellen, dass die Gebrüder Rockefeller ihre eigene Denkfabrik, den „Club of Rome“, beauftragten, Gruselgeschichten über Klimakatastrophen, Nahrungsmittel- und Wasserknappheit und ähnliches zu erfinden – und dann verwendete das WEF dieselben Märchen als angebliche Rechtfertigung für seinen globalen Reset. Reiner Zufall, natürlich.

Dass die nominellen Führer der neuen multipolaren Weltordnung ständig dieselben Märchen – von denen keines die Realität widerspiegelt – als Grund für die von ihnen vorgeschlagene Neuordnung der globalen Governance anführen, könnte ebenfalls reiner Zufall sein.

Von Zentralbankern über prominente Mitglieder verschiedener Denkfabriken bis hin zu politischen Führern scheint es, dass die Avantgarde des westlichen unipolaren Modells die Unvermeidbarkeit der Ablösung dieses Systems akzeptiert. Seltsamerweise haben viele der gleichen Personen als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine Entscheidungen getroffen und

politische Maßnahmen befürwortet, die den Übergang von der Unipolarität zur Multipolarität beschleunigen. Auch das ist wahrscheinlich reiner Zufall.

Ein zentraler Grundsatz der vorgeschlagenen multipolaren Weltordnung besteht darin, die Charta der Vereinten Nationen zu stärken und damit eine echte Global Governance zu schaffen. Die globalistischen Oligarchen befürworten seit langem genau denselben Ansatz, ebenso wie die angeblichen Führer der multipolaren Weltordnung. Ein weiterer Fall von reinem Zufall?

Das Ziel der von Quigley als „das Netzwerk“ bezeichneten Gruppe, wie auch das Ziel des „Special Studies Project“ der Rockefeller und das Ziel des „Great Reset“ des WEF und das Ziel des „Club of Rome“ und das Ziel des „Council on Foreign Relations“ und das Ziel der BRICS, ist und war schon immer die Global Governance. Ein reiner Zufall, oder?

Es gibt eine Fülle von Beweisen, die zeigen, wie diese verschiedenen Gruppen – und mehr Clubs und Geheimgesellschaften, als wir hier aufzählen können – Ereignisse manipuliert und die Politik weltweit gestaltet haben. In jüngster Zeit hat sich der Wandel hin zu einer multipolaren Ordnung aufgrund eines großen globalen Ereignisses (Krieg) und der politischen Reaktion darauf stark beschleunigt. Sicherlich ist das eher ein Zufall ...

Sowohl in China als auch in Russland beruht die Regierungsführung auf der absoluten Verschmelzung des öffentlichen und des privaten Sektors. Und wir wissen, dass die UNO als eine öffentlich-private Partnerschaft gegründet wurde. Interessanterweise sind Russland und China zufällig die beiden ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, die bei der Entwicklung der multipolaren Weltordnung die Führung übernehmen. Das muss ein Zufall sein ...

Die politische Theorie der Multipolarität enthält Elemente politischer Philosophien und kultureller Ideologien wie Eurasionismus und Tianxia, die sich ebenfalls hervorragend für die Global Governance eignen.

Auf diese und weitere Punkte werden wir in Teil 4 eingehen. Aber die Verschmelzung des öffentlichen und des privaten Sektors und die sich überschneidenden Philosophien und Ideologien, die sowohl Russland als auch China gemeinsam sind, sind wahrscheinlich nur ein weiterer Teil einer langen und bemerkenswert konsistenten Reihe von Zufällen.

Wenn man an so etwas glaubt.

[Teil 1](#) dieser Serie befasste sich mit den verschiedenen Modellen der Weltordnung.

[In Teil 2](#) wurde untersucht, wie der Wandel hin zu einer multipolaren Weltordnung von einigen überraschenden Persönlichkeiten angeführt wurde.

[Teil 3](#) untersuchte die Ideengeschichte einer Welt, die durch ein „Gleichgewicht der Kräfte“ oder ein multipolares System geordnet ist. Die Befürworter dieses Modells haben im Laufe der Generationen stets dasselbe Ziel verfolgt: eine globale Ordnungspolitik.

In Teil 4 werden wir uns mit den Theorien befassen, die der bevorstehenden multipolaren Ordnung zugrunde liegen, mit dem Wesen der öffentlich-privaten Oligarchien Russlands und Chinas und mit dem Aufkommen der militärischen Macht dieser beiden Nationen.

Der breitere Kontext des Ukraine-Krieges

Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass der Krieg in der Ukraine in irgendeiner Weise „unecht“ ist. Die politischen und kulturellen Unterschiede in der ukrainischen Bevölkerung [sind älter als der Nationalstaat](#), und der aktuelle Konflikt hat seine Wurzeln in langjährigen und sehr realen Spannungen. Die Menschen leiden und sterben, und sie verdienen die Chance, in Frieden zu leben.

Abgesehen von den spezifischen Faktoren, die zu dem Konflikt in der Ukraine geführt haben und ihn aufrechterhalten, gibt es jedoch einen größeren Zusammenhang, der ebenfalls diskutiert werden sollte.

Die so genannten Führer im Westen und im Osten hatten reichlich Gelegenheit und Macht, beide Seiten im Donbas-Krieg an den Verhandlungstisch zu bringen. Ihre Versuche, Waffenstillstände zu vermitteln und die verschiedenen Minsker Vereinbarungen umzusetzen, waren im Laufe der Jahre schwach und halbherzig. Beide Seiten zogen es offenbar vor, mit dem Leben der Ukrainer Politik zu machen. Und beide Seiten haben den Konflikt letztlich angeheizt. Der Westen hat kaum etwas anderes getan, als die Situation zu verschlimmern. Und obwohl die russische Regierung vor einer schwierigen wirtschaftlichen Entscheidung stand, hätte sie ihre beherrschende Stellung auf dem europäischen Energiemarkt sicherlich besser nutzen können.

Das heißt, wenn es darum ginge, einen Krieg zu vermeiden.

Wie auch immer, der Krieg in der Ukraine ist der Dreh- und Angelpunkt für eine Veränderung des geopolitischen Kräfteverhältnisses. Wie die Pseudopandemie, die ihm unmittelbar vorausging, beschleunigt der Krieg die Polaritätsverschiebung.



Ben Wallace

Der britische Verteidigungsminister Ben Wallace [hat zu Recht festgestellt](#), dass der Ukraine-Krieg „ein Geschenk an die NATO“ ist. So wie der Westen die Geldpolitik der russischen Regierung an sie ausgeliefert hat, so hat Putins Regierung die NATO vor dem Verschwinden ihrer Bedeutung gerettet. Beide Pole werden gestärkt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Gleichzeitig nutzt die Europäische Union (EU) sowohl den Krieg als auch die von ihr verhängten Sanktionen, um ihren Vorstoß [zur militärischen Vereinheitlichung der EU](#) zu verstärken.

Das Vereinigte Königreich ist an diesem Vorstoß beteiligt, obwohl seine Bevölkerung 2016 in einem Referendum für den Austritt aus der EU gestimmt hat, weil eine Mehrheit der Wähler die „nationale Souveränität“ nicht an die Unionsführung abgeben wollte.

Aber wie wir sehen, spielt es keine Rolle, wofür oder wogegen die Menschen stimmen. Obwohl das Vereinigte Königreich angeblich aus der EU ausgetreten ist, hat sein neuer, nicht gewählter Premierminister [das Land soeben als „Drittstaat“ eingetragen](#), der durch Abkommen über die [Ständige Strukturierte Zusammenarbeit \(PESCO\)](#) gebunden ist und unter dem direkten militärischen Kommando von Brüssel steht. Indem das Vereinigte Königreich seine unabhängigen Verteidigungskapazitäten teilweise an die EU abgibt, trägt es dazu bei, die Entstehung eines weiteren Pols zu unterstützen.

Das Internationale Währungs- und Finanzsystem (IMFS), das bisher die unipolare Vorherrschaft gestützt hat, wird jetzt, [da es das Ende seines Lebenszyklus erreicht](#), umgestaltet. Das Wirtschaftswachstum wird im Westen durch Sanktionen absichtlich gebremst, im Osten hingegen gefördert. Energieströme und Verbrauchsmuster werden nach Osten verlagert. Gleichzeitig wird die effektive militärische Macht „neu ausbalanciert“.

Während der [Pseudopandemie](#) gab es viele Anzeichen für eine globale Koordination. Besonders ungewöhnlich ist, dass fast alle Regierungen im Gleichschritt handelten. China, die USA, Russland, Deutschland, der Iran, das Vereinigte Königreich und viele andere Länder folgten demselben falschen Narrativ. Alle beteiligten sich an der Unterbrechung der globalen Lieferketten und der Einschränkung des Welthandels. Die meisten Länder befolgten eifrig den vom Weltwirtschaftsforum bevorzugten Weg der globalen „Regionalisierung“. Die wenigen, die sich widersetzten, wurden als internationale Parias betrachtet.

Was ist seither geschehen? Man sagt uns, der Krieg in der Ukraine habe die alte Ost-West-Spaltung wieder eingeführt, mit der die meisten von uns vertraut sind. Doch in fast allen anderen wichtigen Fragen sind sich die Nationen seltsamerweise völlig einig. Es scheint, daß der Krieg in der Ukraine praktisch der einzige Streitpunkt ist.

Multipolare Theorie



Sergej Glasjew

Die vorgeschlagene multipolare Weltordnung stellt keine Verteidigung des Nationalstaates dar. Wir haben bereits erörtert, wie sich das multipolare Modell ziemlich genau mit der Agenda des „Great Reset“ (GR) deckt, so dass es kaum überraschen dürfte, dass die multipolare Theorie auch das vorgeschlagene westfälische Konzept der nationalen Souveränität ablehnt.

In Russland gibt es zahlreiche Think Tanks und GONGOs (staatlich organisierte Nichtregierungsorganisationen) [GONGO: Government-organized Non-Government Organizations, Anm. d. Übersetzers]. Genau wie im Westen werden diese sowohl vom öffentlichen als auch vom privaten Sektor finanziert und beeinflusst und arbeiten partnerschaftlich zusammen. Wie die schwedische „[Defense Research Agency](#)“ feststellte, wird die Finanzierung russischer Think Tanks „zum Teil von der Regierung und zum Teil von privaten Akteuren und Kunden, in der Regel Großunternehmen, bereitgestellt“.

Katehon ist eine „unabhängige“ Denkfabrik, die vom russischen Oligarchen Konstantin Malofjew (Malofejew) gegründet wurde, der seit 2014 von den USA [wegen seiner Unterstützung](#) der ukrainischen Russen zunächst auf der Krim und dann im Donbas sanktioniert wird. [Zum Vorstand von Katehon](#) gehört auch der Wirtschaftswissenschaftler und Politiker Sergej Glasjew, der derzeit Kommissar für makroökonomische Integration der [Eurasischen Wirtschaftsunion \(EAEU\)](#) ist.

Im Jahr 2018 wies Katehon darauf hin, dass Multipolarität trotz aller gegenteiligen Behauptungen weitgehend als Gegensatz zur Unipolarität definiert wurde. Das heißt, sie wurde eher als das definiert, was sie nicht ist, als das, was sie ist. Katehon versuchte, dies zu korrigieren, indem es seine [Theorie der multipolaren Welt \(TWM\)](#) vorstellte:

Die Multipolarität stimmt nicht mit dem nationalen Modell der Weltorganisation nach der Logik des Westfälischen Systems überein. Dieses westfälische Modell geht von der vollen rechtlichen Gleichheit aller souveränen Staaten aus. In diesem Modell gibt es so viele Pole außenpolitischer Entscheidungen in der Welt, wie es souveräne Staaten gibt [...] und das gesamte Völkerrecht basiert darauf. In der Praxis gibt es natürlich Ungleichheit und hierarchische Unterordnung zwischen verschiedenen souveränen Staaten. [...] Die multipolare Welt unterscheidet sich vom klassischen westfälischen System dadurch, dass sie dem einzelnen Nationalstaat, der rechtlich und formal souverän ist, nicht den Status eines vollwertigen Pols zuerkennt. Das bedeutet, dass die Zahl der Pole in einer multipolaren Welt wesentlich geringer sein sollte als die Zahl der anerkannten (und daher nicht anerkannten) Nationalstaaten. Multipolarität ist kein System der internationalen Beziehungen, das auf der rechtlichen Gleichheit der Nationalstaaten besteht[.]

Die unipolare Welt schütze den Nationalstaat ebenso wenig wie das multipolare Modell, so Katehon. Katehon zufolge war das westfälische Modell in seiner Anwendung schon immer ein Mythos. Man könnte sagen, dass es nur eine weitere „Idee“ ist, mit der politische Führer hausieren gehen, um uns zu täuschen, damit wir die von ihnen geschaffenen politischen Ziele akzeptieren. Gelegentlich machen sie sich den „Nationalismus“ zunutze, weil er nützlich ist.

Eurasianismus

In ihrem Bemühen, Wladimir Putin als Comic-Bösewicht darzustellen, haben die westlichen Mainstream-Medien (MSM) versucht, ihn persönlich mit dem umstrittenen russischen Polit-Philosophen und Strategen Alexander Dugin in Verbindung zu bringen. Sie haben Dugin als [„Putins Rasputin“](#) oder [„Putins Gehirn“](#) bezeichnet und behauptet, Putin betrachte Dugin als engen Verbündeten und seinen Lieblingsphilosophen.

Für diese Geschichten gab es jedoch nie eine Grundlage. In einer Rede [im Jahr 2018](#) sagte Dugin: „Ich habe keine offizielle Position im Staatsapparat. Ich habe keinen direkten Draht zu Putin, ich habe ihn nicht einmal getroffen.“

Im Jahr 2022 veranlassten die Behauptungen der westlichen Medien Alain de Benoist, Dugins politischer und philosophischer Mitarbeiter und Freund seit mehr als 30 Jahren, [zu einer Bemerkung](#):

Putins „Gehirn!“ Die Tatsache, dass Dugin und Putin sich nie persönlich getroffen haben, ist ein gutes Maß für die Ernsthaftigkeit derjenigen, die diesen Ausdruck verwenden. [...] Dugin kennt Putins Entourage zweifellos gut, aber er war nie einer seiner Vertrauten oder „Sonderberater“. [...] Das Buch, das er vor einigen Jahren über Putin geschrieben hat, ist weit davon entfernt, eine Übung in Bewunderung zu sein: Dugin erklärt im Gegenteil, was er an Putin gutheißt und was ihm missfällt.

Obwohl Dugin keine besonderen Beziehungen zum Kreml hat, bedeutet das nicht, dass seine Ideen dort keinen Einfluss haben. Er hat als Berater des Vorsitzenden der Staatsduma, Sergej Naryschkin, und des Vorsitzenden der Staatsduma, Gennadiy Seleznyov, fungiert, so dass er zweifellos politische Verbindungen hat und von der russischen politischen Klasse gehört wird.

Dugin ist vielleicht die führende moderne Stimme des Eurasianismus. In einem Interview aus dem Jahr 2014 erklärte er [seine Interpretation](#) des Eurasianismus und seines Platzes innerhalb der Multipolarität folgendermaßen:

Der Eurasianismus basiert auf einer multipolaren Vision und auf der Ablehnung der unipolaren Vision der Fortsetzung der amerikanischen Hegemonie. Der Pol dieses Multipolarismus ist nicht der Nationalstaat oder der ideologische Block, sondern der Großraum, der innerhalb der Grenzen einer gemeinsamen Zivilisation strategisch geeint ist. Die typischen Großräume sind Europa, die vereinigten USA, Kanada und Mexiko oder das vereingte Lateinamerika, Großchina, Großindien und in unserem Fall Eurasien. [...] Die multipolare Vision erkennt die Integration auf der Grundlage einer gemeinsamen Zivilisation an. [...] Putins Außenpolitik ist auf Multipolarität und die eurasische Integration ausgerichtet, die notwendig ist, um einen wirklich soliden Pol zu schaffen.

Weder die Oligarchen noch die globale politische Klasse sind so verblendet zu glauben, dass sie einfach die eine oder andere politische Philosophie oder die eine oder andere kulturelle Ideologie empfehlen und damit das Verhalten und die Überzeugungen der Menschheit kontrollieren können. Es wird immer ein gewisses Maß an machiavellistischer List nötig sein.

Putin hat häufig eurasianistische Ideen vertreten. Umgekehrt gehört Dugin zu denjenigen, [die Putin wegen seines Mangels an einer klaren Ideologie kritisiert haben](#):

Er muss seine individuelle Intuition in eine Doktrin übersetzen, die die zukünftige Ordnung sichern soll. Er hat einfach keine erklärte Ideologie, und das wird immer problematischer. Jeder Russe spürt, dass Putins überindividuelles Vorgehen ein großes Risiko darstellt.

Im Jahr 2011 kündigte Putin seinen Plan zur Gründung der Eurasischen Union an, [sehr zur Freude](#) von Dugin und anderen Eurasianisten wie Malofyev und Glazyev. Putin veröffentlichte einen [begleitenden Artikel](#):

Wir schlagen eine mächtige supranationale Vereinigung vor, die zu einem der Pole der modernen Welt werden und als effiziente Brücke zwischen Europa und dem dynamischen asiatisch-pazifischen Raum dienen kann. [...] Heute ist klar, dass die globale Krise von 2008 struktureller Natur war. Wir erleben immer noch einen akuten Nachhall der Krise, die ihre Wurzeln in den angehäuften globalen Ungleichgewichten hat. [...] Unser Integrationsprojekt erreicht damit eine qualitativ neue Ebene, die breite Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung eröffnet und zusätzliche Wettbewerbsvorteile schafft. Diese Konsolidierung der Anstrengungen wird uns helfen, uns im globalen Wirtschafts- und Handelssystem zu etablieren und eine echte Rolle bei der Entscheidungsfindung, der Festlegung der Regeln und der Gestaltung der Zukunft zu spielen.



Alexander Dugin

Putin wies auf eine globale Krise hin, die zu der Behauptung führte, dass ein supranationales Gremium notwendig sei, das als Pol für die Entscheidungsfindung in einem globalen System, das auf einem Gleichgewicht der Kräfte beruht, fungieren könne. Was er sagte, folgt einem Muster; alle, die die Global Governance anpreisen, haben sich desselben rhetorischen Tricks bedient.

Dieses Muster wiederholt sich derzeit erneut. Unabhängig von allen anderen Überzeugungen, die er haben mag, ist Putins Engagement für eine Neuordnung des globalen Gemeinwesens eindeutig.

Der Eurasianismus macht die Russische Föderation zu einem „Partner“ innerhalb einer größeren Union. Gegenwärtig existiert die Eurasische Union nur in wirtschaftlicher Hinsicht, und Russland hat darin eine überwältigende Vormachtstellung. In ähnlicher Weise verschafft Russlands ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat Russland eine relative Dominanz innerhalb der UNO.

Die russische Regierung hofft zwar, von solchen Unionen und Räten zu profitieren, indem sie „Pole“ in einem multipolaren System bildet und eine von Ideen wie dem Eurasianismus beeinflusste Politik betreibt, doch hat sie den Plan, die russische „nationale Souveränität“ schließlich an die Union – an den Pol – abzutreten, in verwässerter Form erklärt. Putins Streben nach Eurasianismus und Multipolarität deutet nicht unbedingt auf etwas anderes als Pragmatismus hin. Es bedeutet auch keine Verteidigung des russischen Nationalstaates.

Wir können nur Vermutungen anstellen, aber Putins Vorliebe für den Eurasianismus und die Multipolarität dürfte kaum in einer bestimmten Ideologie verwurzelt sein. Vielmehr dient sie einem bestimmten Zweck und verschafft seiner Regierung und ihren Partnern einen größeren Anteil am „Spiel“.

Tianxia

Putins Vorstellung von „eurasischer Integration“ deckt sich mit der [chinesischen Ideologie von „Tianxia“](#), was mit „alles unter dem Himmel“ übersetzt werden kann. In der chinesischen Antike stellte Tianxia das Kaiserreich an die Spitze einer globalen moralischen Hierarchie. Nach dem [konfuzianischen Prinzip der universellen Fürsorge](#) kümmert sich ein zivilisierter Staat in erster Linie um seine eigenen Bürger, kann sich aber nicht als zivilisiert bezeichnen, wenn er sich nicht auch um die anderen kümmert.

Andere Staaten gelten als zivilisiert, wenn sie sich um ihre Bürger kümmern, und als barbarisch, wenn sie dies nicht tun. Daher sollten sich alle zivilisierten Staaten mehr um die Interessen anderer friedlicher und zivilisierter Staaten kümmern als um die Bedürfnisse oder Wünsche barbarischer Staaten. Folglich entstehen auf natürliche Weise Bindungen zwischen sich sorgenden Staaten, die eine Art organische geopolitische Ordnung schaffen, da jeder Staat sein eigenes Volk in den Mittelpunkt eines Netzes zivilisierter Beziehungen stellt.

In Tianxia wirkt die Praxis der konfuzianischen universellen Fürsorge auch innerhalb aller Institutionen, die einen Staat ausmachen. So kümmern sich zivilisierte Menschen naturgemäß mehr um ihre Familien und ihre unmittelbaren Gemeinschaften als um Menschen außerhalb dieser Kreise. Niemand darf jedoch egoistisch auf Kosten anderer Bürger handeln, egal wo sie sich aufhalten, ohne selbst in die Barbarei abzugleiten. Es handelt sich um ein Staatsmodell, das nicht auf ethnischen oder „Bluts“-Bindungen oder gar nationalen Grenzen beruht, sondern auf einem hierarchischen System der Moral.

Tianxia ist von einigen westlichen Kommentatoren als „schöne“ Idee angepriesen worden. Wie eine philosophische Mandelbrot-Menge suggeriert sie eine perfekte moralische Symmetrie sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene. Die multipolare Weltordnung, deren Herzstück angeblich Tianxia ist, wird daher als ein wunderbares neues Modell der Weltordnungspolitik empfohlen und häufig als „Win-Win-Kooperation“ beschrieben.

Akademiker wie die Professoren [Zhao Tingyang](#) und Xiang Lanxin haben erklärt, dass die globale Einführung von Tianxia eine „post-westfälische Welt“ schaffen würde. Diese Ansicht beruht auf ihrer Einschätzung, dass die westfälische Ordnung ideologisch stagniert und auf ein zweckmäßiges Gleichgewicht der Kräfte beschränkt ist, in dem „Macht Recht ist“.



Konfuzius

Die Kritik dieser tianxianischen Gelehrten spiegelt die moralischen Grundsätze des Westfälischen Friedens [nicht angemessen wider](#) – Verträge, die die christlichen Werte der Vergebung, der Toleranz und der friedlichen Zusammenarbeit hervorhoben. Die Einschätzung der Wissenschaftler ist jedoch eine vernünftige Einschätzung des tatsächlichen Verhaltens westlicher Staaten, die nur vorgeben, westfälische Prinzipien zu ehren.

Professor Lanxin [weist darauf hin](#), dass China „keine ontologische Tradition hat“. Das heißt, dass Tianxia philosophisch gesehen nicht fragt: „Was ist das?“, sondern vielmehr: „Welchen Weg legt das nahe?“ Würde Tianxia auf Chinas strategische Außenpolitik angewandt, stünde es Ideen wie nationaler Souveränität ambivalent gegenüber.

Ähnlich wie die moralischen Grundlagen der westfälischen internationalen Beziehungen wird Tianxia zwar behauptet, aber nicht praktiziert. Gegenwärtig bewaffnet China beispielsweise die Vereinigten Arabischen Emirate und das saudische Regime, [um im Jemen Krieg zu führen](#), und stiehlt auch die [natürlichen Ressourcen](#) des Jemen. Ist das Tianxia? Wo ist der „Gewinn“ für das jemenitische Volk in Chinas Verhalten?

Der Nachteil edler Ideen ist, dass sie von hartgesottenen Geostrategen ausgenutzt werden können, um jede beliebige politische Agenda zu verkaufen. Die Theorien von Tianxia und des Eurasianismus bieten eine Grundlage für Multipolarität. Nicht die Philosophie ist das Problem, sondern ihre Ausnutzung durch die Ingenieure der multipolaren Weltordnungspolitik.

Ihnen ist es egal, was die Absicht einer Idee ist. Sie interessieren sich nur dafür, wie sie diese Ideologie oder Philosophie nutzen können, um ihr Handeln zu rechtfertigen, wenn jemand danach fragt. Wenn der philosophische Gedanke einige nützliche Strategien vorschlägt, um so besser.

Wenn eine globale Regierungsführung in einem multipolaren System das Ziel ist, dann ist Tianxia, wie der Eurasianismus, sicherlich „schön“.

Denken Sie an die Worte von Professor Zhou:

Einige sind besorgt, dass Tianxia zu einer „Pax Sinica“ führen würde, die die „Pax Americana“ ersetzt. Diese Sorge ist jedoch unangebracht, denn unter Tianxia gäbe es keinen

Platz für einen König – das System selbst ist König. In diesem Sinne wäre es ein bisschen wie in der Schweiz, wo verschiedene Sprachgruppen (Französisch, Deutsch, Italienisch, Rätoromanisch) und lokale Kantone in einem Gemeinwesen von ungefähr gleichen Teilen koexistieren, in dem das Zentrum in Bern im Wesentlichen eine Koordinationsstelle mit einem rotierenden Präsidenten ist, dessen Macht so eingeschränkt ist, dass einige Schweizer Bürger nicht einmal den Namen der Person nennen können, die das Amt bekleidet.

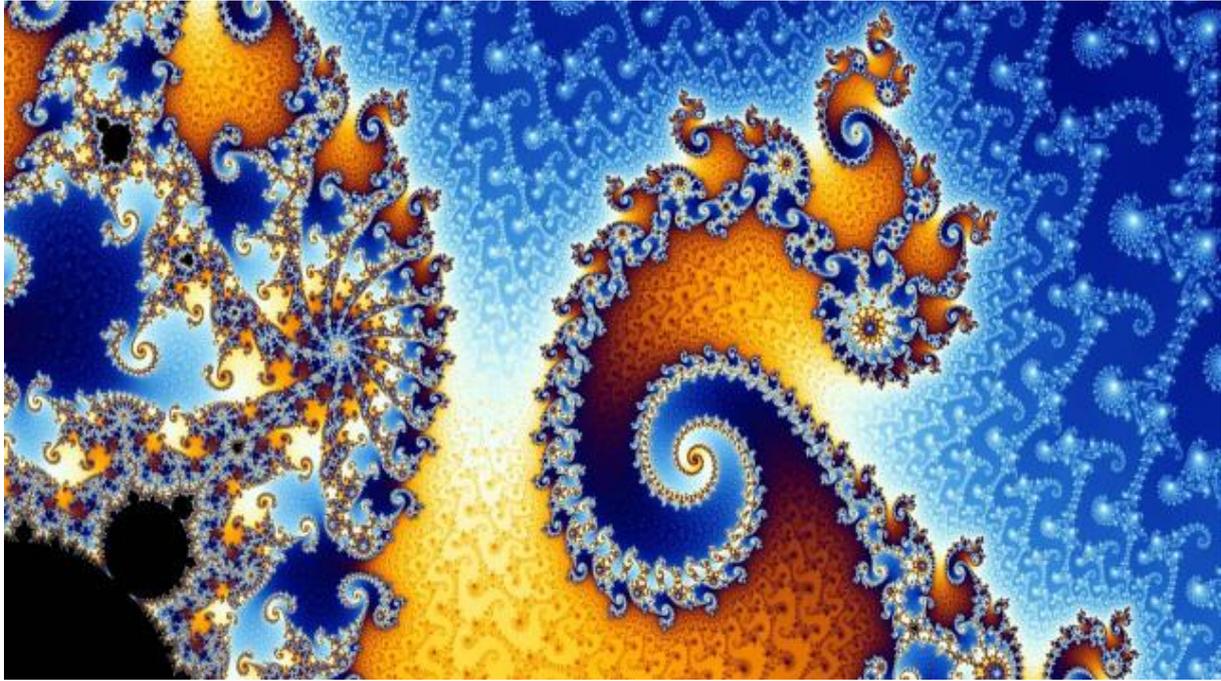
Tianxia macht die politische Stimme des Volkes zur Nebensache. Es ist multipolar und definiert die politische Macht als ein vernetztes System, das nicht durch nationale Souveränität oder unipolare Autorität begrenzt ist, sondern vielmehr durch „eingeschränkte“ Machtzentren funktioniert. Für diejenigen, die die Geopolitik im Verborgenen manipulieren, ist es perfekt: Das System selbst ist König.

Tianxia mag eine heitere Philosophie sein, aber was wirklich zählt, ist, wie die Theorie auf die Politik angewendet wird. Die 2017 von Chinas Außenminister Wang Yi autorisierte Veröffentlichung mit dem Titel [„Forge Ahead under the Guidance of General Secretary Xi Jinping’s Thought on Diplomacy“](#) [Vorwärtskommen unter der Führung der Gedanken des Generalsekretärs Xi Jinping zur Diplomatie, Anm. d. Übersetzers] gibt uns einen Einblick in das, was Chinas politische Klasse und andere als „Win-Win-Kooperation“ bezeichnen.

Xi Jinping [...] legt neue Vorschläge zu Sicherheit, Entwicklung und Global Governance vor. [...] Xi Jinping [...] hat die Rolle und den Beitrag Chinas zum Weltfrieden und zur Entwicklung sowie zur Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung hervorgehoben. [...] China hat [...] eine führende Rolle bei der Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum, bei der Umgestaltung der G20 und bei der wirtschaftlichen Globalisierung gespielt [...] China hat die Gründung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank, des Seidenstraßenfonds und der Neuen Entwicklungsbank der BRICS gefördert und sich aktiv an der Formulierung von Regeln für so neue Bereiche wie Meeres- und Polarangelegenheiten, Cyberspace, nukleare Sicherheit und Klimawandel beteiligt. [...] Die [Belt and Road]-Initiative ist weithin dafür gelobt worden, dass sie dem weltweiten Wachstum Impulse verleiht und das Vertrauen in die wirtschaftliche Globalisierung stärkt. [...] Wir haben uns aktiv daran beteiligt [...] und mit anderen Ländern zusammengearbeitet, um globale Herausforderungen wie Terrorismus, Klimawandel, Cybersicherheit und Flüchtlinge zu bewältigen. [...] Wir haben uns für die Formulierung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung eingesetzt und als erstes Land einen nationalen Plan für die Umsetzung veröffentlicht.

Es stellt sich heraus, dass die angebliche Anwendung von Tianxia die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung, die Reform des internationalen Finanz- und Währungssystems, die Agenda 2030, die Terrorismusbekämpfung, die Kontrolle des Humankapitals, die Ausübung der globalen Cybersicherheit, die wirtschaftliche Globalisierung und natürlich die Global Governance bedeutet.

Es scheint, dass Xi Jinpings Tianxia-inspirierte „Gedanken“ genau die gleichen sind wie die Gedanken der Rockefellers, Wladimir Putins, Klaus Schwabs und aller anderen Mitglieder des multipolaren Verkaufsteams.



Russland – Die Fusion der öffentlich-privaten Oligarchie

Die russische Regierung und ihre Think Tanks und Oligarchen sind nicht die einzigen, die für eine „regionalisierte“ Welt der Pole eintreten. Mit ihren fünf „Gruppen“ existiert bereits eine im Entstehen begriffene multipolare Weltordnung in Form der G20. Der Enthusiasmus der G20 [für ein einheitliches globales Steuersystem](#) zeigt die Absicht, sich auf ein viel festeres System der globalen Governance zuzubewegen.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass Putin die Oligarchen, die mit dem Westen kollaboriert haben, nach seinem Amtsantritt in relativ kurzer Zeit aus dem Weg geräumt hat. Es ist viel über seinen Krieg gegen die „5. Kolonne“ geschrieben worden. Daraus wird oft geschlossen, dass Putin irgendwie gegen die Macht der Oligarchen ist. Das stimmt aber überhaupt nicht.



Alexej Miller

Die russische Regierung hat kein Problem damit, dass Menschen viel Geld verdienen und es dann zur Ausübung politischer Macht nutzen. Es ist nur so, dass die politische Macht die Bestrebungen der russischen Regierung fördern muss.

In der Tat ist einer der Vorteile, in Putins Kreisen zu sein, die Möglichkeit, märchenhaft reich zu werden. Wir haben bereits über [das obszöne Ausmaß der Vermögensungleichheit in Russland](#) gesprochen, insbesondere über die Konzentration des Reichtums in den Händen der Oligarchen. Putin hat diesem Elitismus kein Ende gesetzt, er hat ihn im großen Stil begünstigt.

Zum Vergleich: Als Putin 1999 Präsident wurde, d. h. im Jahr 2000 „gewählt“ wurde, gab es eine Handvoll russischer Milliardäre und Oligarchen. Heute sind es [nach Angaben von Forbes](#) mehr als 100.

Vielleicht ist es nur ein weiterer Zufall, aber die Sanktionen haben russische Oligarchen, die im Ausland leben, [dazu veranlasst](#), in ihr Heimatland zurückzukehren, ein Trend, der die Bindung des Kremls an seine Oligarchen-„Partner“ effektiv gestärkt hat.

Im Jahr 1999 erbte Putin eine russische Wirtschaft, die aus dem Ruder gelaufen war. Zwischen 1999 und 2014 leitete er einen bemerkenswerten Aufschwung der russischen Wirtschaft. Der Lebensstandard verbesserte sich erheblich, das BIP stieg von 200 Milliarden Dollar im Jahr 1999 [auf 2,2 Billionen Dollar im Jahr 2014](#). Putin führte Russland von der zwanzigstgrößten Volkswirtschaft der Welt auf Platz 7 (jetzt 11). Es scheint, dass Glück – oder Preisabsprachen! – bei diesem scheinbaren Wirtschaftswunder eine Rolle gespielt haben. [Das BIP-Wachstum Russlands](#) folgt ziemlich genau [der Entwicklung des weltweiten Ölpreises](#).

Während die russische Bevölkerung von einem Teil dieses Wachstums profitierte und einen Konsumboom auslöste, kam es im gleichen Zeitraum zu einem [enormen Anstieg der Vermögensungleichheit](#). Eine neue Klasse russischer Oligarchen schöpfte einen unverhältnismäßig großen Teil des russischen Volksvermögens ab. Als ein Radiojournalist Putin im Jahr 2000 während seiner Kampagne zur offiziellen Ernennung zum Präsidenten fragte, wie er „Oligarchen“ definieren würde und was er von ihnen halte, [antwortete er](#):

[Die] Verschmelzung von Macht und Kapital – es wird keine Oligarchen dieser Art als Klasse geben.

Einmal an der Macht, errichtete Putins Team jedoch ein klientelkapitalistisches Regime, das der Inbegriff der „Verschmelzung von Macht und Kapital“ ist. Er und seine Entourage haben das westliche Modell der Oligarchenkontrolle, bei dem Kapital in politische Macht umgewandelt wird, effektiv auf den Kopf gestellt. In Russland ermöglicht die politische Macht die Anhäufung von Kapital, wodurch eine fast einzigartige Klasse von Oligarchen entsteht.

Gazprom, das größte börsennotierte Gasunternehmen der Welt, ist eine Fallstudie, die zeigt, wie die russische Oligarchie funktioniert.

Dmitri Medwedew und Alexej Miller arbeiteten in den 1990er Jahren an der Seite Putins in St. Petersburg. Medwedew war der Wahlkampfmanager von Anatoli Sobtschak, der später die Verfassung der Russischen Föderation mitverfasste. Putin war Berater und später Stellvertreter von Sobtschak. Miller war Mitglied des Ausschusses für Außenbeziehungen des Bürgermeisters.

Als Putin Präsident wurde, verlieh er Medwedew den höchsten Beamtenrang in Russland und machte Miller zum stellvertretenden Energieminister.

In der Zwischenzeit dekretierte Putin, dass Gazprom ein „nationaler Champion“ sei – d. h. ein „privates“ Unternehmen, das die russische Regierung als wesentlich für die russische Wirtschaft betrachtet. Über verschiedene Fonds behielt die russische Regierung [ihre 50,2%ige Mehrheitsbeteiligung an Gazprom](#), was Gazprom zu einer öffentlich-privaten Partnerschaft macht.

Putin berief Medwedew und Miller in den Gazprom-Vorstand. Medwedew hatte den Vorsitz bis 2008 inne, als er zum nominellen Präsidenten der Russischen Föderation gewählt wurde, während Putin einige Jahre lang vorübergehend als Premierminister fungierte. [Miller wurde 2001 zum Vorstandsvorsitzenden von Gazprom](#) ernannt und ist noch immer in dieser Funktion tätig.

Im Jahr 2006 gab Gazprom die Baukosten für seine Altay-Pipeline von Westsibirien nach China bekannt. Im selben Jahr veröffentlichte Gazprom auch die Kosten für die Pipeline Gryazovets-Vyborg. Die Kosten pro Kilometer für die Gryazovets-Vyborg-Pipeline waren viermal höher als die vergleichbare Altay-Pipeline oder ähnliche Pipelines wie die [OPAL-Pipeline](#) in Deutschland.

Im Jahr 2008 schätzte das russische Unternehmen „PiterGaz Engineering“ die Gesamtbaukosten für die Sotschi-Pipeline auf 155 Millionen US-Dollar – zum aktuellen Wechselkurs. Gazprom zahlte jedoch den heutigen Gegenwert von 395 Millionen Dollar.

Dieser überhöhte Preis veranlasste [die „East European Gas Analysis“ \(EEGA\)](#) zu der Feststellung:

Russische Pipeline-Ingenieure, einschließlich der entsprechenden Abteilungen von Gazprom, geben realistische Schätzungen der Kosten für den Bau von Pipelines ab, die mit denen westlicher Projekte vergleichbar sind. Es sieht jedoch so aus, als würden diese Kostenschätzungen auf dem Weg zum Topmanagement von Gazprom mindestens verdreifacht werden. [...] Offensichtlich fügen die Gazprom-Führungskräfte nach einer realistischen Kostenschätzung eine großzügige Marge für Auftragnehmer und Makler hinzu, so dass die Gesamtprojektkosten um das Drei- bis Vierfache steigen.

Solche schwarzen Kassen gibt es in allen Bereichen der russischen Wirtschaft, vor allem in der Verteidigung, der Infrastrukturentwicklung und dem Gesundheitswesen. Die Erlöse werden dann an loyale Oligarchen verteilt.

Sie sind „Oligarchen“ im wahrsten Sinne des Wortes. Ihr Reichtum hängt von ihrer Partnerschaft mit dem politischen Staat ab. Im Gegenzug setzen sie ihren Reichtum ein, um die Politik des Staates zu fördern. Ihr Kapital könnte nicht „politischer“ sein.



Arkady Rotenberg

Alexey Mordachov ist beispielsweise Eigentümer des Stahlgiganten „Servestal“, der Gasprom für seine Entwicklungsprojekte wie die Jakutien-Khabarovsk-Wladiwostok-Pipeline (auch bekannt als China-Russland-Ostroute) [mit Gasleitungen beliefert](#). Zu den anderen Oligarchen, die von dem System profitieren, gehören Putins persönliche Freunde Gennadi Timtschenko, dem das Bauunternehmen „OAO Stroytransgaz“ gehört, und Arkadi Rotenberg, dessen „Stroygazmontazh“ (S.G.M.-Gruppe) das größte russische Unternehmen für den Bau von Gaspipelines und Stromnetzen ist.

Die Oligarchen profitieren vom Bau [der arktischen Seidenstraße](#). Sie setzen ihre Ressourcen ein, um sicherzustellen, dass die außenpolitischen Ziele der russischen Regierung verwirklicht werden. Die russischen Oligarchen und die politische Klasse Russlands gehen eine symbiotische Beziehung ein: eine öffentlich-private Partnerschaft beim Aufbau der multipolaren Weltordnung.

Damit beteiligen sie sich am „Great Reset“, setzen [die Vision der Rockefellers](#) um und erfüllen die Träume von Carroll Quigleys anglo-amerikanischem Netzwerk. Der russische Staat ist mehr als nur eine öffentlich-private Partnerschaft. Die russische Regierung geht über bloße vertragliche Vereinbarungen und gemeinsame strategische Ziele hinaus und hat das Unternehmen und die Politik zu einem einzigen öffentlich-privaten Nationalstaat verschmolzen.

Trotz des Gemetzels im Ukraine-Krieg und der Weigerung aller Seiten, bedingungslos zu verhandeln, hat Russlands „staatlicher“ privater Energiekonzern Gazprom seinen Streit mit dem ukrainischen „staatlichen“ Energiekonzern Naftogaz [offenbar beigelegt](#) und pumpt täglich 42,4 Millionen Kubikmeter Erdgas [durch die Ukraine](#) auf die Energiemärkte Westeuropas.

Die Russische Föderation zahlt der ukrainischen Regierung erhebliche Transitgebühren. Damit finanziert sie effektiv die Kriegsanstrengungen der Ukraine. Der Krieg ist nur für die kleinen Leute.

China – Die Fusion der öffentlich-privaten Oligarchie

Die einzige große entwickelte Volkswirtschaft der Welt, die bei der Verschmelzung des öffentlichen und des privaten Sektors weiter gegangen ist als Russland, ist China. China ist ein [neofeudalistischer kapitalistischer Staat](#), der als [Technokratie](#) unter der Führung einer [Oligarchen-Dynastie](#) agiert.

Die großen militärischen und politischen Führer der Revolution von Mao Zedong, die sich später erfolgreich der Kulturrevolution von Mao (1966-1976) entzogen, wurden gemeinsam als die [„acht Unsterblichen“](#) bezeichnet. Als die Rockefeller und die Trilaterale Kommission Henry Kissinger entsandten, um den Besuch von US-Präsident Nixon in China Anfang der 1970er Jahre vorzubereiten, beschlossen sieben der „Unsterblichen“, ihr kollektives politisches Gewicht hinter die Wirtschaftsreformen des ebenfalls „unsterblichen“ Deng Xiaoping zu legen.



Deng Xiaoping

Der Prozess der wirtschaftlichen Öffnung Chinas begann ernsthaft nach Maos Tod im Jahr 1976. Prominente Trilateralisten wie der damalige US-Präsident Bill Clinton, globale Investmentfirmen, im Westen ansässige multinationale Unternehmen und Privatinvestoren erhöhten die [ausländischen Direktinvestitionen](#), um Chinas „Unsterbliche“ bei der Modernisierung der Wirtschaft, des Finanzsektors, des Militärs und der industriellen und technologischen Kapazitäten des Landes zu unterstützen. Diese Modernisierung ermöglichte den Aufstieg der chinesischen Oligarchie.

So unterstützte der „unsterbliche“ [General Wang Zhen](#) zwar Dengs Wirtschaftsliberalismus, schnitt aber auch große Teile des chinesischen Staatsvermögens ab und übertrug es treuhänderisch seinem Sohn Wang Jun. Anschließend arbeitete Wang Jun mit Dengs Wirtschaftsberater [Rong Yiren](#) zusammen, um sein nunmehr privates Kapital in die [„Citic Group Corp.“](#) einzubringen, die dann zu Chinas „staatlicher“ Investmentgesellschaft wurde.

Die „Citic Group“ ist eine öffentlich-private Partnerschaft, die heute erheblichen Einfluss auf Chinas Finanzdienstleistungen, fortschrittliche Fertigungstechnologie, die Produktion moderner Materialien und die Stadtentwicklung hat.

Auf diese Weise schufen die „Unsterblichen“ eine [öffentlich-private Dynastie](#) in China. Ihre [unermesslich wohlhabenden Nachkommen](#) werden heute kollektiv als „Prinzchen“ bezeichnet.

Die „Prinzchen“ lassen sich grob in drei Gruppen einteilen, die jeweils wichtige chinesische Sektoren und Industrien beeinflussen:

- Politische Prinzchen, wie [Xi Jinping](#), verwalten den öffentlichen Sektor.
- Militärische Prinzchen leiten die Bereiche Verteidigung und nationale Sicherheit
- Unternehmerprinzchen leiten den privaten Sektor.

Als Gruppe haben sie großen Einfluss auf Chinas Innen- und Außenpolitik.

China ist ein Einparteiensstaat, hat aber die Politik nicht aufgegeben. Die Wahl Xi Jinpings zum Obersten Führer im Jahr 2012 markierte eine effektive Machtverschiebung zugunsten der Prinzchen, die viele als Vertreter der „Elite“ betrachten.

Ihnen gegenüber stehen die „Tuanpai“, deren Machtbasis auf die vom ehemaligen Präsidenten Hu Jintao gegründete Bewegung der Kommunistischen Jugendliga zurückgeht. Die Tuanpai sind im Großen und Ganzen volksnah und konzentrieren sich mehr auf die Belange der arbeitenden Chinesen. Andere Gruppierungen wie die „Shangai-Bande“ und die „Tsinghua-Clique“ ergänzen [das politische Gemisch](#).

Die Technokratie kontrolliert die Bürger durch die Zuweisung von Ressourcen. China ist führend bei den technokratischen Aspekten des „Great Reset“. Es ist der erste funktionierende Technokratie-Staat der Welt, in dem die [Nationale Entwicklungs- und Reformkommission \(NDRC\)](#) die Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung durch ihr [Sozialkreditsystem](#) überwacht:



Wang Jun

Die Einrichtung eines Sozialkreditsystems ist eine wichtige Grundlage für die umfassende Umsetzung der wissenschaftlichen Entwicklungsperspektive. [...] Die Beschleunigung und das Vorantreiben des Aufbaus des Sozialkreditsystems ist eine wichtige Voraussetzung für die Förderung einer optimierten Ressourcenallokation.

Die Idee ist, dass die Bürger für gutes Verhalten belohnt und für schlechtes bestraft werden können. In einem Gespräch mit dem französischen Fernsehen wurde einer der Hauptentwickler des chinesischen Sozialkreditsystems gefragt, wie sich die Einführung des Systems in Frankreich auf die [Proteste der Gelbwesten](#) ausgewirkt haben könnte. [Lin Jinyue antwortete](#):

Ich hoffe wirklich, dass es uns gelingen wird, es in ein kapitalistisches Land zu exportieren. [...] Ich glaube, dass Frankreich schnell unser System des Sozialkredits übernehmen sollte, um seine sozialen Bewegungen zu regulieren. [...] Hätten Sie das System des Sozialkredits gehabt, hätte es die Gelbwesten nie gegeben.

Zufälligerweise wurde die Überwachung im Stil des Sozialkredits durch die Pseudopandemie, die in China begann, stark verbessert. Um mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, öffentliche Gebäude zu betreten, zum Arbeitsplatz zugelassen zu werden usw., müssen Chinas Bürger [ihren COVID-Pass QR-Code scannen](#). Bei grüner Farbe können sie sich frei bewegen, bei roter Farbe ist die Bewegungsfreiheit eingeschränkt.

The screenshot shows the top navigation bar of the Hong Kong Free Press (HKFP) website. The navigation bar includes links for SEARCH, About, Contact, Ethics Code, Annual Report, Transparency Report, Security Law, Newsletter, Advertise, Freelancers, and Support. Below the navigation bar is the HKFP logo and the text 'HONG KONG FREE PRESS'. There is a 'SUPPORT HKFP' button on the right. Below the logo is a horizontal menu with categories: TOPICS, HONG KONG, CHINA, TAIWAN, MACAU, OPINION, FEATURES, LENS, VENTURE, BUZZ, ABOUT HKFP, and SUPPORT HKFP. Under 'TOPICS', there is a list of sub-topics: 2022 Leadership Race, National Security, Covid-19, John Lee, Climate Crisis, Election Overhaul, 2019 Protests, HK Humans, Bay Area, and Press Freedom. The main content area shows the article title 'Explainer: China's Covid-19 health code System' and a sub-headline: 'China's three-colour health code system introduced in 2020 restricts people's movements based on their Covid-19 status and the health risk they may pose. However there have been reports of authorities misusing the mechanism to stifle protests and dissidents.'

Für die Registrierung einer Sim-Karte in China ist eine [biometrische Identifizierung durch Scannen des Gesichts](#) erforderlich. Das biometrische Datensystem ermöglicht es der NDRC, die Bewegungen jedes Bürgers zu verfolgen und die Biosicherheit auf nationaler Ebene durchzusetzen.

Mit den Covid-QR-Codes in Verbindung mit der digitalen ID ist Chinas „Technate“ auf dem besten Weg, die [UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung \(SDGs\) 3 und 16](#) zu erreichen.

SDG 3 lautet:

Stärkung der Kapazitäten aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, für Frühwarnung, Risikominderung und Management nationaler und globaler Gesundheitsrisiken.

Und SDG 16 besagt:

Bis 2030 Schaffung einer rechtlichen Identität für alle, einschließlich Geburtsregistrierung.

„Rechtliche Identität“ ist der UN-Code für [digitale Identität](#).

Die chinesische technokratische Oligarchie ist anderen Ländern auch bei der Entwicklung und Umsetzung der digitalen Zentralbankwährung (CBDC) voraus. Bo Li hat kürzlich seinen Posten als stellvertretender Gouverneur der „Bank of China“ aufgegeben, um als [stellvertretender geschäftsführender Direktor zum Internationalen Währungsfonds \(IWF\)](#) zu wechseln. In seiner Rede auf dem IWF-Symposium [„Central Bank Digital Currencies for Financial Inclusion: Risks and Rewards symposium“](#) erörterte Bo Li die Behauptung, dass CBDC die so genannte „finanzielle Eingliederung“ verbessern würden:

CBDC kann es Regierungsbehörden und Akteuren des privaten Sektors ermöglichen, [CBDC] zu programmieren, um intelligente Verträge zu erstellen, die gezielte politische Funktionen ermöglichen. Zum Beispiel [...] Sozialhilfezahlungen [...], Konsumgutscheine, [...] Lebensmittelmarken. Durch die Programmierung kann das CBDC-Geld genau darauf ausgerichtet werden, welche Art von [Dingen] die Menschen besitzen können und für welche Art von Verwendung dieses Geld genutzt werden kann. Zum Beispiel[,] für Lebensmittel. Diese potenzielle Programmierbarkeit kann also den staatlichen Stellen dabei helfen, ihre Unterstützung genau auf die Menschen auszurichten, die Unterstützung benötigen. Auf diese Weise können wir also auch die finanzielle Eingliederung verbessern.

Vielleicht ist das so – obwohl die Verbesserung nur dem Bürger zuteil wird, der den „Regierungsbehörden und Akteuren des Privatsektors“ – den Prinzingen – gehorcht. Wer sich „schlecht“ verhält, wird mit Hilfe von CBDC zum finanziellen „Ausschluss“ verurteilt.

Mit CBDCs wäre es nicht mehr nötig, den QR-Code von Menschen auf rot zu stellen, um sie [von der Teilnahme an einer Demonstration abzuhalten](#). Es genügt, die CBDC so zu programmieren, dass sie den Kauf von Zugtickets oder die Verwendung von Geld in einer Entfernung von mehr als einer Meile von zu Hause verhindert. Die physischen Sperrungen der Covid-Tage werden durch CBDC-Sperren ersetzt, die viel einfacher durchzusetzen sind.



Bo Li spricht auf dem IWF-Symposium

Die multipolare militärische Dimension

Globale wirtschaftliche und finanzielle Macht wird durch militärische Macht gestützt. Wenn es den Mächten also ernst ist mit dem Aufbau eines neuen Systems von Supermächten, dann müssen sie die Kraft haben, ihre jeweiligen Positionen zu halten. Schließlich lässt sich eine multipolare Weltordnung nur dann stabilisieren und durchsetzen, wenn jeder Pol eine echte militärische Bedrohung für den anderen darstellt.

Während des größten Teils der Nachkriegszeit verfügte das unipolare NATO-Bündnis unter Führung der USA über die modernste Militärtechnologie. Der Westen dominierte nicht nur in monetärer, finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht, sondern verfügte auch über den entsprechenden militärischen Vorteil. Doch wie jeder andere Aspekt der früheren westlichen Dominanz ist auch dieser verschwunden, und die militärische Macht hat sich anderswo entfaltet.

Plötzlich, wie aus dem Nichts, beansprucht Russland die technologische militärische Vormachtstellung. Es ist jetzt im Wettrüsten führend. Die USA haben bestätigt, dass Russland in der Ukraine eine funktionierende Hyperschallrakete eingesetzt hat, eine Tatsache, [die Joe Biden](#) als „folgenreich“ bezeichnete und freimütig einräumte, „dass es fast unmöglich ist, sie zu stoppen“.

Auch China hat eine Hyperschallrakete abgefeuert. Sie hat offenbar den Globus umrundet. Dann schickte es eine Hyperschall-Gleitflugrakete ab, die ihr Ziel in China traf. Auch hier kam die [Bestätigung von hochrangigen US-Militärs](#), die den technologischen Fortschritt als „verblüffend“ bezeichneten. Nun sagt China, dass es bald in der Lage sein könnte, [seine Marine](#) mit diesen überlegenen Waffen auszurüsten.

In der Zwischenzeit können die Dummköpfe des Westens, die bis vor kurzem militärisch dominierten, die [Staustrahltriebwerkstechnologie \(oder Scramjet\)](#), die diese neue Art von Raketen antreibt, einfach nicht begreifen. Während China globale Flugtests und eine punktgenaue Hyperschallgenauigkeit bestätigt hat und Russland sie tatsächlich auf dem Schlachtfeld eingesetzt hat, fummeln das Pentagon und die US-Defence Advanced Research Project Agency (DARPA) und ihre privatwirtschaftlichen Partner wie Raytheon [noch immer an begrenzten Tests herum](#), in der Hoffnung, dass sie [vielleicht bald](#) die gleiche Einsatzfähigkeit entwickeln können.

Sofern man das glauben will!

Die Briten können keine Schiffe bauen, [die in warmem Wasser funktionieren](#), und ihre Flugzeugträger können [nicht mehr als ein paar Seemeilen fahren](#), ohne zusammenzubrechen. Die US-Marine kann mit ihren Schiffen [überhaupt nicht fahren](#). Und niemand im Westen kann ein Kampfflugzeug bauen, [das tatsächlich funktioniert](#). Dennoch hat Russland die U-Boot-Technologie [auf ein neues Niveau](#) gebracht, und jeder ist sich ziemlich sicher, dass China eine [„intelligente“ KI-Kampffähigkeit](#) entwickelt hat.

Die plötzliche Unfähigkeit des Westens, im technologischen Wettrüsten mitzuhalten, geschweige denn an der Spitze zu stehen, scheint sicherlich eine polare Verschiebung des globalen militärischen Kräfteverhältnisses zu markieren. Wahrscheinlich ärgert sich der westliche militärisch-industrielle Komplex über sich selbst, nachdem er [die letzten 30 Jahre damit verbracht hat](#), seine Militärtechnologie dem Osten zu überlassen.

Und jetzt sieh dir an, was sie angerichtet haben!



Zusammenfassung

Die russische und die chinesische Regierung sind nicht „schlechter“ als die US-amerikanische, die britische oder die französische Regierung. Sie sind nur Regierungen, die tun, was Regierungen tun. Sie vertreten die Interessen derjenigen, die sie an der Macht halten können – oder sie absetzen.

Die multipolare Weltordnung beendet die letzten Reste der nationalen Souveränität. Sie ist der geopolitische „Great Reset“: der Höhepunkt des langjährigen Plans der Oligarchen, ein globales Regierungssystem zu errichten, das ihnen die Herrschaft über alles ermöglicht.

Wenn das multipolare System fortschreitet, was wahrscheinlich ist, werden die 193 Nationen der Welt – [mehr oder weniger](#) – schließlich in ein paar globale Pole eingegliedert werden. Wer weiß, wie viele, aber wahrscheinlich nicht mehr als ein halbes Dutzend oder so.

Die Multipolarität birgt einige potenzielle Vorteile in sich. Vielleicht wird Tianxia ausbrechen und damit die Gefahr von Konflikten verringern. Ein „Gleichgewicht der Kräfte“ zwischen den globalen Staatenpolen könnte die Aggression begrenzen. Doch wenn wir uns überlegen, wie dies erreicht werden könnte und wer es anführen soll, gibt es Grund zur Sorge.

Angenommen, die Pax Americana, die Pax Europa, die Pax Eurasia und die Pax Sinica, oder was auch immer, beabsichtigen nicht, abzurüsten – würde dies dann nicht logischerweise zu einer weltweiten Verbreitung von Rüstungsgütern führen, einschließlich Hyperschall-Kernwaffen? Wie werden diese Pole die innere Sicherheit aufrechterhalten? Was soll verhindern, dass innerhalb der einzelnen Pole Kriege ausbrechen, wenn es zu Streitigkeiten kommt? Werden andere Pole eingreifen müssen oder sich dafür entscheiden, einzugreifen?

Seien wir ehrlich. Die Vorzeichen sehen nicht gerade ermutigend aus. Wir bewegen uns auf eine multipolare Weltordnung zu, was zum großen Teil auf einen Krieg zurückzuführen ist, der derzeit von einem der führenden Befürworter der Multipolarität geführt wird. Auch die Aktivitäten des anderen führenden Befürworters – zum Beispiel im Jemen – sind nicht gerade

vertrauenserweckend. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass das [Verhalten Russlands oder Chinas](#) per se „besser“ ist oder sein wird als das Verhalten der führenden Nationen der bisherigen „Ordnung“.

Der bei weitem besorgniserregendste Aspekt der multipolaren Weltordnung ist, dass weniger „Pole“ die globale Governance bestimmen werden. Die im Laufe der Geschichte zu beobachtende Tendenz zur Zentralisierung der Macht ist kein Zufall. Die Strategie, den Kreis derjenigen, die die Kontrolle über die Weltbevölkerung ausüben, zu verkleinern, ist eine gezielte Strategie. Wäre dies nicht der Fall, wäre sie gar nicht erst in die Wege geleitet worden.

Das Ziel dieser Technokraten ist es, ungehindert Macht zu besitzen. Wir wissen, was sie mit dieser Macht zu tun gedenken, sollten sie sie jemals erlangen:

- verbesserte Biosicherheit
- Populationskontrolle
- Überwachung der Bevölkerung
- digitale IDs
- Sozialkreditsysteme
- Automatisierte KI-Zensur
- Universelles Grundeinkommen
- Kontrolle der Nahrungsmittelversorgung, des Wassers, der Energie, des Wohnraums, der Bildung
- letztlich die totale Kontrolle und Versklavung der Menschheit durch eine digitale Zentralbankwährung oder eine Variante davon.

Die Nationalstaaten, die die neue multipolare Weltordnung befürworten, lehnen diese Kontrollmechanismen nicht ab. Im Gegenteil, sie sind federführend bei der Entwicklung dieser Mechanismen. Das multipolare System ist ein riesiger Sprung in Richtung globaler technokratischer Tyrannei, ein System, das sie voll und ganz befürworten.

[In Teil 1](#) haben wir festgestellt, dass der US-Geostratege Zbigniew Brzezinski Eurasien – „das sich von Lissabon bis Wladiwostok erstreckt“ – als Schauplatz dessen identifiziert hat, was er „das Spiel“ nannte. Er stellte fest:

Amerika muss unbedingt die Ukraine übernehmen, denn die Ukraine ist der Dreh- und Angelpunkt der russischen Macht in Europa. Sobald die Ukraine von Russland getrennt ist, wird Russland keine Bedrohung mehr darstellen.

Die von den USA angeführten westlichen Mächte, die den [Euromaidan-Putsch von 2014](#) inszeniert haben und denen es nicht gelungen ist, die Kontrolle über die ukrainische Wahlurne zu erlangen, haben seither ihre Absicht demonstriert, die Ukraine mit allen Mitteln in die strategische Umlaufbahn des Westens einzubinden. Von diesem Zeitpunkt an war ein Konflikt in irgendeiner Form unvermeidlich. In den darauffolgenden acht Jahren entwickelte sich ein eskalierender Stellvertreterkonflikt, der praktisch ohne ernsthafte Versuche, ihn zu beenden, zu diesem völlig vorhersehbaren Ukraine-Krieg geführt hat.

Die Menschen in der Ukraine und in den neuen russischen Republiken und Oblasten Donezk, Luhansk, Saporoschje und Cherson werden als entbehrliche Spielfiguren betrachtet. Der Konflikt ist für sie nur allzu real, denn sie kämpfen und sterben und sehnen sich nach einem Leben in Frieden ohne die ständige Bedrohung durch Gewalt. Doch weder die „Großmächte“

noch ihre Marionettenführer scheren sich um das Leben der Menschen, abgesehen von ihrem strategischen Wert.

Der Krieg in der Ukraine ist ein tödliches taktisches Manöver. Es geht darum, ihn auszufeuchten, notfalls bis zum letzten Ukrainer, um den Übergang zu einer multipolaren Weltordnung zu erleichtern und so den verabscheuungswürdigen „Großen Reset“ zu ermöglichen und endlich für eine umfassende „Global Governance“ zu sorgen.

Die Schwachen, die in diesem Winter in Europa erfrieren werden – und es könnten Tausende sein –, sind lediglich Kollateralschäden in „dem Spiel“.

Doch ein Krieg muss dem „Business as usual“ nicht im Wege stehen: Russland liefert weiterhin Gas über ukrainische Pipelines nach Europa, wenn auch in stark reduzierten Mengen und zu erhöhten Preisen.

Die Mainstream-Medien und ein Großteil der alternativen Medien, sowohl im Westen als auch im Osten, vermarkten den Krieg in der Ukraine als einen Kampf um „Freiheit“, „Souveränität“ oder ähnliches Gefasel. Während die Zahl der Todesopfer unter denjenigen, die um ihre Existenz kämpfen müssen, steigt, fallen wir in der internationalen Gemeinschaft, die sich auf die eine oder andere Seite schlägt, auf die gleichen alten, ungeheuerlichen Lügen herein.

Wir pflanzen unsere kleinen Fähnchen auf, online und offline, und streiten über unsere jeweiligen Wahnvorstellungen, wobei wir uns einbilden, dass wir auf unsere eigene kleine Art und Weise am Krieg beteiligt sind. Wir verhalten uns wie johlende Fußballfans, die ihre Mannschaft zum Sieg anfeuern.

Globalistische Denkfabriken betrachten den Krieg seit langem als strategischen Katalysator für Veränderungen, ein Punkt, den wir aus [Norman Dodds Untersuchung und Bericht für den Reece-Ausschuss](#) für Stiftungen im Jahr 1954 gelernt haben sollten. Wir sind hoffnungslos naiv, wenn wir uns vorstellen, dass der Krieg in der Ukraine möglicherweise nicht zu einem schrecklichen globalen Konflikt führen könnte. Wir haben keinen Grund, den Verrückten zu „vertrauen“, denen wir erlauben, an der Macht zu bleiben.

Ebenso sollten wir erkennen, dass wir durch Taktiken manipuliert werden, die darauf abzielen, Angst zu erzeugen. Die nukleare Eskalationspolitik sollte immer in ihrem angstausslösenden Kontext gesehen werden.

Die Oligarchen der Welt sind sich einig in ihrem Bestreben, ein regionalisiertes, multipolares System globaler Governance zu errichten, das die Nationalstaaten, in denen wir leben, beherrschen wird.

Unsere politischen Führer, wo auch immer sie ihre angebliche Autorität ausüben, machen sich mit der Agenda der Oligarchen völlig gemein. Sie verraten uns alle, wenn sie um einen besseren Platz am Tisch wetteifern, während sie uns in ihrem unterwürfigen Wunsch, ihn zu polieren, das Rückgrat brechen.

